

PROTOKOLL GEMEINDERAT KLOTEN

27. Sitzung des Gemeinderat Sitzung der 14. Legislaturperiode vom 02.09.2025

Vorsitz	Ratspräsident	Reto Schindler
Anwesend	Gemeinderat	28 Ratsmitglieder
	Stadtpräsident	René Huber
	Stadtrat	Christoph Fischbach
		Kurt Hottinger
		Roger Isler
		Regula Kaeser-Stöckli
		Gaby Kuratli
		Mark Wisskirchen
	Verwaltungsdirektor	Thomas Peter
Protokoll	Ratssekretariat	Jacqueline Tanner
Entschuldigt abwesend	Gemeinderat	Jennifer Muratti, Mitte
		André Käser, GLP
		Tanja Woodhatch, EVP
		Ueli Morf, SVP
	Stadtrat	--
Ort	Stadtsaal Zentrum Schluefweg	
Dauer	18:00 Uhr – 20:30 Uhr	

Eröffnung

Parlamentspräsident Philip Graf eröffnet die 27. Sitzung des Gemeinderat der 14. Legislaturperiode vom 2. September 2025 und stellt die Anwesenheit von 28 Mitgliedern fest. Der Gemeinderat ist somit beschlussfähig.

Ratspräsident, Reto Schindler: *Ich begrüsse Sie zur Gemeinderatssitzung. Das ist die 27. Sitzung der 14. Legislaturperiode. Besonders begrüssen möchte ich auch die vielen Zuschauer hier auf dem Stadtplatz. Dank dem Asian Street Food Festival vom vergangenen Wochenende und des kommenden Angel Dog Day, an welchem am 6. September das 10-jährige Bestehen gefeiert wird, profitieren wir heute, wie Sie sehen, von einem gedeckten Platz. Wir sind also wettersicher unterwegs. Ein herzliches Dankeschön möchte ich auch Barbara Schäfli und ihrem Team für die Vorbereitung des Platzes ausrichten. Und auch an Jacqueline, die neben mir sitzt. Ebenso danke ich Kevin Cina für die Bereitstellung der Technik. Betreffend Technik bitte ich euch, direkt ins Mikrofon zusprechen, also so wie ich, sodass es jeder hört, denn sonst könnten vielleicht irgendwelche Voten nicht protokolliert werden und das möchten wir verhindern - aber bitte nicht in den Mund nehmen. Und die, die vorne sprechen wollen, müssen zuerst hier durchlaufen und dann rundherum und hinten die Stufen hoch. An dieser Sitzung werden von Seiten Presse Bild- und Tonaufnahmen gemacht. Auch die anwesenden Leute, also die Zuschauer, dürfen Fotos machen da wir uns im öffentlichen Raum befinden und im öffentlichen Raum können wir nicht verhindern, dass irgendjemand ein Foto macht oder etwas aufnimmt. Nach Präsenzliste sind 28 Mitglieder anwesend. Entschuldigt sind Jennifer Murati von der Mitte, André Käser von der GLP, Tanja Woodhatch von der EVP sowie Ueli Morf von der SVP. Der Gemeinderat ist somit beschlussfähig. Vom Stadtrat sind keine Entschuldigungen eingegangen.*

Traktandenliste

Die Traktandenliste mit den Unterlagen ist rechtzeitig zugestellt worden. Zur Traktandenreihenfolge erfolgen keine Wortmeldungen, die Geschäfte werden wie vorgesehen behandelt.

- 1 Protokollgenehmigung
- 2 Mitteilungen des Gemeinderats
- 3 Interpellation 13916; Daniel Körner, FDP; Mietpreise bei Neubauten in Kloten - Ursachen, Verantwortung und Kommunikation; Begründung
- 4 Postulat 13915; Daniel Körner, FDP; Konkretisierung der Wohnraumstrategie: quartierspezifische Vorgaben und Einheimischen-Bonus prüfen; Begründung und Überweisung
- 5 Interpellation 14084; Claudio Wäger, SVP; Rundkurs Buchhaldenquartier; Begründung
- 6 Vorlage; 2919; Elektromobilität, Erstellung von Elektroladeinfrastruktur auf öffentlichem Grund; Investitionskredit
- 7 Vorlage 8686; Förderprogramm Photovoltaik; Kreditgenehmigung
- 8 Ersatzwahlen Legislatur 2022-2026; Mitglied Wahlbüro; Monica Schneider, SVP

Protokoll

Die Protokolle der 23., 24., 25. und 26. Gemeinderatssitzung der 14. Legislaturperiode wurden allen Gemeinderätinnen und Gemeinderäten zugestellt. Beim Protokoll vom 04.03.2025 gab es eine kleine Korrektur beim Gwärfihölzli. Dort hat sich bei einer Grafik die Einzeichnung verschoben. Es gibt keine weiteren Rückmeldungen und es sind keine Berichtigungen beantragt worden. Die Protokolle gelten somit als genehmigt.

0.5.1 Versammlungen / Sitzungen

Mitteilungen des Gemeinderats

Ratspräsident, Reto Schindler: *Wir kommen zu den Mitteilungen. Ihr habt jeweils eine Einladung für die Eröffnung der Bauhütte des Neubau Jugendhauses und für den Infoanlass «Frühe Kindheit» erhalten. Weil man bei diesen Anlässen Informationen zu kommenden Geschäften und Anträgen bekommt, bitte ich euch darum, dass sicher jede Fraktion mit mindestens einem Vertreter vor Ort sein wird. Ich selber werde auf jeden Fall an beiden Anlässen teilnehmen. Und dann kommen wir zu einem Punkt, der mich persönlich besonders freut. Vergesst bitte nicht, am Freitag findet unser Ratsausflug statt. Wie bereits mitgeteilt, ist der Treffpunkt neu beim Stadthaus. Wir treffen uns um 13 Uhr vor dem Eingang und fahren 13.15 Uhr los in Richtung Innerschweiz. Gibt es Mitteilungen aus dem Gemeinderat? Mitteilungen aus dem Stadtrat? Dann gehen wir zur Sitzung.*

Folgende Informationen zu Vorlagen und politischen Vorstössen wurden versendet:

- Vorlage 13865; Demokratieförderung; Genehmigung Schaffung einer neuen Stelle
- Interpellation 14084; Claudio Wäger, SVP; Rundkurs Buchhaldenquartier

Der Gemeinderat erhielt folgende, weitere Informationen zugestellt:

- Zur Kenntnis: StR-Beschluss 250-2025 vom 19.8.2025, Erlenweg, Vergabe Baumeisterarbeiten
- Zur Kenntnis: StR-Beschluss 244-2025 vom 19.8.2025, Ersatz Schliessanlage Pflegezentrum Spitz, Kredit und Freigabe Eignungs- und Zuschlagskriterien
- Zur Kenntnis: StR-Beschluss 243-2025 vom 19.08.2025, zusätzlicher Kredit UKV-Erstellung, Spitz Hospitality
- Zur Kenntnis: StR-Beschluss 236-2025 vom 19.8.2025, Ersatzwahl Legislatur 2022-2026, Energiekommission, Vertretung aus GR, Willi Bühler, FDP
- Neubau Jugendhaus: EINLADUNG zur Eröffnung der Bauhütte
- Einladung Infoanlass Frühe Kindheit
- Zur Kenntnis: Berichterstattung 2024 - Verein freiwillig@kloten
- Zur Kenntnisnahme; Verwaltungsgerichtsurteil Swissair Siedlung
- EINLADUNG: Ratsausflug 2025

Interpellation 13916; Daniel Körner, FDP; Mietpreise bei Neubauten in Kloten - Ursachen, Verantwortung und Kommunikation; Begründung

Daniel Körner, FDP und Mitunterzeichnende haben am 10. Juli 2025 die folgende Interpellation eingereicht:

In der Bevölkerung besteht eine zunehmende Sensibilisierung für die Entwicklung der Mietpreise in der Stadt Kloten - insbesondere bei neu erstellten Wohnungen. Die Sorge um bezahlbaren Wohnraum reicht dabei längst über ideologische Linien hinaus und betrifft auch breite Kreise in der politischen Mitte und im bürgerlichen Lager. Diese Sorgen nehmen wir ernst.

Gleichzeitig stellen wir fest, dass die öffentliche Diskussion über Mietpreise bei Neubauten teilweise losgelöst von den realwirtschaftlichen Rahmenbedingungen geführt wird. So wird selten beleuchtet, welche Faktoren - etwa Baukosten, gesetzliche Standards oder qualitative Anforderungen - einen direkten Einfluss auf die Mietpreisbildung haben.

Ein faktenbasierter, transparenter Diskurs ist notwendig, damit die Wohnungspolitik der Stadt Kloten realitätsnah und zukunftsgerichtet gestaltet werden kann. Diese Interpellation soll dazu beitragen, Verständnis für die Zusammenhänge zu schaffen und aufzuzeigen, in welchem Rahmen sich die Stadt Kloten bewegen kann - sowohl planerisch als auch kommunikativ.

Deshalb stelle ich dem Stadtrat folgende Fragen:

- 1. Wie haben sich die durchschnittlichen Erstellungskosten pro m² Wohnfläche bei Neubauten in Kloten in den letzten zehn Jahren entwickelt? (inkl. Angabe relevanter Kostentreiber wie Energieeffizienzvorgaben, Materialpreise, Bauvorschriften usw.)?*
- 2. Welche Auswirkungen haben gesetzliche Anforderungen in den Bereichen Nachhaltigkeit, Energieeffizienz, ökologische Umgebungsgestaltung und Barrierefreiheit auf die Baukosten - und damit indirekt auf die Mietpreise?*
- 3. Wie beurteilt der Stadtrat den Zielkonflikt zwischen wünschbaren Qualitätsanforderungen (z.B. ökologischer Baustandard, hochwertige Gestaltung) und dem Wunsch nach bezahlbarem Wohnraum?*
- 4. Welche Spielräume und Grenzen hat die Stadt Kloten, um bei Neubauprojekten in privater Hand Einfluss auf die Mietpreisgestaltung zu nehmen? Wie könnte die geplante Wohnraumstrategie hier unterstützend wirken?*
- 5. Wie beurteilt der Stadtrat die Forderung nach flächendeckenden Vorgaben zu Mietzinsobergrenzen oder Quoten für Kostenmieten bei Neubauten? Welche Auswirkungen hätten solche Eingriffe auf Investitionsbereitschaft, Wohnraumangebot und Standortattraktivität?*
- 6. Ist der Stadtrat bereit, bei künftigen Bauprojekten eine aktive, transparente Kommunikation zu Mietpreisen, Bauqualität und rechtlicher Zuständigkeit zu führen, um falsche Erwartungen und Enttäuschungen zu vermeiden?*

Besten Dank für die fristgerechte Beantwortung meiner Fragen

Beschluss:

1. Die Begründung wird zur Kenntnis genommen. Die Antwort des Stadtrats erfolgt bis zur Gemeinderatssitzung vom 30.09.2025

Wortmeldungen

Ratspräsident, Reto Schindler: Wir kommen zur Interpellation 13916; Daniel Körner, FDP; Mietpreise bei Neubauten in Kloten; Ursachen, Verantwortung und Kommunikation; Begründung. Die Interpellation wurde am 10. Juni 2025 eingereicht. Ich komme schnell noch zum Ablauf. Zuerst kommt die Begründung durch den Interpellanten Daniel Körner, danach die Stellungnahme des Stadtrats und, wenn es einen Antrag auf Diskussion gibt, danach die Voten aus dem Gemeinderat und eventuell nochmals eine Stellungnahme des Interpellanten. Daniel Körner, FDP, ich bitte dich um die Stellungnahme als Interpellant.

Daniel Körner, FDP: Mit dieser Interpellation, Mietpreise bei Neubauten in Kloten, Ursachen, Verantwortung und Kommunikation, richten wir als FDP konkrete Fragen an den Stadtrat zur Situation rund um die Mietpreise bei Neubauten in Kloten, insbesondere bei grösseren Ersatzneubauten oder Arealentwicklungen in den letzten Jahren. Warum stellen wir diese Fragen? Weil wir in der Fraktion feststellen, dass die Diskrepanz zwischen den politischen Zielvorstellungen und der realwirtschaftlichen Entwicklung in Kloten immer grösser wird. Wir erleben auf der einen Seite den politischen und gesellschaftlichen Wunsch nach mehr bezahlbarem Wohnraum, einen Wunsch, den wir als FDP Kloten ausdrücklich teilen. Gleichzeitig stellen wir auf der anderen Seite fest, dass immer mehr Neubauten entstehen, aber die Mieten liegen auf einem Niveau, das für breite Teile der Bevölkerung schlicht nicht mehr tragbar ist. Und zwar nicht für Luxuswohnungen mit Dachterrassen, sondern bei ganz normalen 3 ½- oder 4 ½-Zimmerwohnungen im durchschnittlichen Bereich. Es entstehen Angebote mit Mietpreisen zwischen 2'800 und 3'500 Franken. Damit bewegen wir uns in einem Bereich, den sich ein grosser Teil der Klotener Bevölkerung, vom jungen Paar bis zur älteren Person im Rentenalter, schlicht nicht mehr leisten kann. Unser Ziel mit dieser Interpellation ist eine fundierte, ehrliche Ursachenanalyse. Mit dieser Interpellation wollen wir nicht skandalisieren, sondern aufklären. Wir wollen ein realistisches Bild erhalten, warum die Mieten bei Neubauten in unserer Stadt in den letzten Jahren derart angestiegen sind. Wir wollen verstehen, welche Faktoren tatsächlich entscheidend sind und welche Rolle die Stadt selber überhaupt spielt. Denn die Realität ist komplexer, als es manch politische Slogans vermuten lassen. Wir fragen darum nicht nur plakativ, warum die Mieten steigen, sondern wir wollen wissen: Wie setzen sich Baukosten bei Neubauten konkret zusammen? Welche politischen und technischen Anforderungen verursachen Mehrkosten und in welchem Ausmass? Wie viel Einfluss hat die Stadt Kloten tatsächlich planerisch, rechtlich und finanziell? Und wie kommuniziert die Stadt die Realität gegenüber der Bevölkerung? Es geht uns also nicht darum, Schuldige zu suchen. Es geht uns darum, Transparenz zu schaffen. Denn nur, wenn wir die Zusammensetzung der Bau- und Mietkosten genau kennen, können wir künftig bessere, klarere und nachhaltigere Entscheidungen treffen. Wir als FDP möchten, dass wir diese Fragen offen diskutieren können. Denn wenn wir als Politik den Anspruch erheben, bezahlbaren Wohnraum zu schaffen, dann müssen wir auch ehrlich genug sein, die Grenzen des Anspruchs zu benennen. Andernfalls gefährden wir unsere eigene Glaubwürdigkeit. Es bringt nichts, wenn wir in Wahlprogrammen und Medienauftritten versprechen, dass in Kloten günstige Wohnräumen entstehen und in der Realität sieht es dann völlig anders aus. Was wir brauchen, ist eine ehrliche Kommunikation mit der Bevölkerung. Ehrlich heisst, erklären, wo Kosten entstehen, welche Entscheidungen die Mieten in die Höhe treiben und wo wir als Stadt keinen oder nur sehr geringen Einfluss haben. Mit all diesen Fragen in dieser Interpellation hoffen wir, die Ursachen der gestiegenen Mietpreise besser zu verstehen und damit eine sachliche Grundlage für eine ehrliche, transparente Wohnpolitik zu schaffen. Danke.

Ratspräsident, Reto Schindler: Danke vielmals, Daniel Körner. Zur Info, da diese Interpellation nicht an der Juli-Sitzung begründet wurde, ist die Frist zur Beantwortung, die bei Interpellationen drei Monate ab Einreichung beträgt, eigentlich abgelaufen. Ausnahmsweise, aufgrund dieser Verschiebung, hat der Stadtrat die Möglichkeit, die Auskunft sofort oder an der nächsten Sitzung zu erteilen. Ich frage Stadtrat Roger Isler: Möchtet ihr die Beantwortung jetzt vornehmen oder im normalen Ablauf?

Stadtrat Roger Isler: Danke vielmals. Der Stadtrat wird diese tatsächlich schriftlich beantworten, weil die Fragen sehr umfangreich sind und dementsprechend gilt es auch viel zu beantworten. Ja, es ist richtig, wir haben das mit dem Interpellanten angeschaut und haben die Verspätung dieser Beantwortung mit ihm geklärt. Es war uns wichtig, zu hören, was er heute für ein Votum bringt, dass man auch ganz sicher alles, was gewünscht ist, beantwortet. Danke.

Ratspräsident, Reto Schindler: Danke vielmals, Roger Isler. Gibt es einen Antrag auf Diskussion im Gemeinderat? Max Töpfer, SP, ich bitte dich, nach vorne zukommen.

SP-Fraktion, Max Töpfer: Vielen Dank an Daniel Körner und die FDP für diese Interpellation. Es freut mich, zu sehen, dass nun auch der Freisinn ein paar Monate vor den Wahlen anerkennt, dass die steigenden Mieten für die Bevölkerung ein ernstes Problem darstellen. In der Interpellation nennt die FDP vor allem die hohen Baukosten infolge strengerer Auflagen bei der Energieversorgung und der Energieeffizienz als Haupttreiber der steigenden Mieten. Das ist an sich ein valides Argument. Dennoch braucht es eine Einordnung. Die Klimakrise ist eine Tatsache. Wir müssen weg von Öl, Kohle und Gas, wenn wir kommenden Generationen eine lebenswerte Zukunft hinterlassen wollen. Dazu gehören auch Investitionen in den Gebäudebereich. Ja, solche Massnahmen können die Baukosten erhöhen, aber sie lassen sich für die Mietenden teilweise durch tiefere Nebenkosten kompensieren. Was in der Interpellation jedoch völlig ausgeklammert wird, ist ein anderer, zentraler Faktor der Mietpreisexplosion. Die missbräuchlichen Mietzinsen: Hier lohnt sich, ein genauerer Blick ins Obligationenrecht zu werfen. Dort sind Mietzinsobergrenzen bereits seit Jahren geregelt. Die Mietzinse sollen die tatsächlichen Kosten für Unterhalt und Investitionen decken und dürfen eine angemessene Rendite enthalten. Das Bundesgericht hat definiert, dass eine angemessene Rendite 2% über dem hypothekarischen Referenzzinssatz liegen darf. Trotzdem bezahlen Mietende in der Schweiz heute im Schnitt rund 360 Franken pro Monat zu viel Miete, direkt in die Taschen der Immobilienkonzerne. Das Problem liegt nicht am Gesetz, sondern bei dessen mangelnder Durchsetzung. Heute liegt die Beweislast bei den Mietenden. Sie müssen selbst aktiv werden, um eine missbräuchliche Miete anzufechten, was kaum jemand tut. 2024 wurden gerade einmal 0,5 Prozent aller neuen Mietverträge rechtlich überprüft. Der Rest wird bezahlt, egal ob die Miete rechtlich zulässig ist oder nicht. Diese Untätigkeit führt dazu, dass Immobilienkonzerne die Preise faktisch nach oben treiben und Mieten sich immer stärker von den gesetzlichen Vorgaben entfernen. Besonders problematisch ist, dass Immobilien vermehrt als reine Renditeobjekte betrachtet werden. Grosskonzerne wie Banken, Versicherungen oder Immobiliengesellschaften verdrängen zunehmend private Vermietende. Ganze Wohnblöcke werden leer gekündigt, teuer saniert und anschliessend massiv teurer weitervermietet. Diese Entwicklung treibt die Mietpreisspirale zusätzlich an und gefährdet, gerade für Menschen mit kleinen und mittleren Einkommen, den Zugang zu bezahlbarem Wohnraum. Dass die FDP diesen Aspekt in ihrer Interpellation mit keinem Wort erwähnt, überrascht nicht. Schliesslich möchtet ihr nicht euren Freund:innen vom Hauseigentümer:innenverband in den Rücken fallen. Es wäre aber ehrlicher gewesen, wenn dieser Punkt zumindest angesprochen worden wäre. Die SP fordert deshalb, dass wir das Problem umfassend betrachten. Ja, die Baukosten spielen eine Rolle. Aber die grösste Belastung für die Bevölkerung sind missbräuchliche Mieten, die aufgrund fehlender Kontrolle zulasten der Mietenden durchgesetzt werden. Vielen Dank.

Ratspräsident, Reto Schindler: Danke vielmals, Max Töpfer. Gibt es weitere Voten? Thomas Schneider, SVP.

SVP-Fraktion, Thomas Schneider: Wir danken dem Interpellanten für die Einreichung des Fragenkatalogs. In der Formulierung wird auf ideologische Linien hingewiesen. Ich frage mich, wo beim Wohnungsmarkt Ideologie mitspielen soll? Es geht um Fakten und die versucht die Interpellation zu schaffen. Allerdings finde ich die Formulierung in dieser Frage etwas gar suggestiv. Man hätte auch einfach fragen können, ob und in welcher Form die Stadt in Zukunft Eingriffe im privaten Wohnungsmarkt plant. Und man hätte auch einfach fragen können, in welchen Quartieren in Zukunft in Kloten Familien leben sollen. Und welche Quartiere zu Alterssiedlungen werden sollen und wie und wo die Stadt da Einfluss nimmt. Also man hätte das machen können, der Interpellant hat es nicht gemacht, hat es unterlassen. Hätte er das gemacht, wären die planwirtschaftlichen gegenüber den marktwirtschaftlichen Sichten doch etwas sehr transparent geworden. Nochmal zurück zum Anfang von der IP. Transparenz ist eine gute Sache. Im Grundsatz ist es doch so, wir haben alle die gleichen Fragen und die Antworten gibt es zum Teil schon in meiner Wortmeldung zu der Interpellation Lerchenweg von Gemeinderatskollegin Diana Diaz. Dort habe ich Folgendes gesagt: Wir haben ein toxisches Gefüge im Immobilienmarkt. Im 2016 hat das Volk auf Druck von Linksgrün entschieden, kein Bauland mehr einzuzonen. Das Grosse war damals die Angst, und wir haben es gerade auch wieder gehört, vor den ach so bösen Immobilienunternehmern und Bauherren. Die SVP hat damals gewarnt. Wir haben gesagt, dass die Preise steigen werden und uns hat niemand geglaubt. Angstmache hat man uns damals vorgeworfen. Fakt ist heute, keiner kann ausserhalb der Siedlungen mehr irgendetwas bauen. Und Kloten kann auch nicht grösser werden, ausser dem Steinacker. Aber das Thema ist mittlerweile auch erledigt. Dann haben wir im 2021 das Energiegesetz angenommen. Die von der kantonalen Baudirektion definierten Umsetzungskriterium verteuern das Bauen massiv. Mehrkosten im 2023-2024 von diesen Verordnungen sind mit rund 25% nachgewiesen. Auch hier hat der Absender die Adresse grün-links. Wir haben es gerade eben gehört. Und es sei hier auch noch kurz darauf eingewiesen, Kollege Töpfer, die Klimamietkosten und die entsprechenden Massnahmen, das sind kantonale Regelungen. Und wir stimmen gerade eben wieder über ein Energiegesetz ab, das Mieten und Kosten wieder massiv hochtreibt. Wir brauchen mehr Wohnungen, da sind wir uns alle einig. Wir können aber gar nicht kostengünstig bauen. Das Gesetz lässt das nicht zu. Jetzt kann man über die Nachfrage diskutieren. Ich möchte kurz an die von der Zürcher SVP lancierten Heimatinitiative erinnern, die die Verwurzelung unserer Leute in den Mittelpunkt stellt. Da setzt man an der Ursache an und will den Schutz der Einheimischen stärken, wenn die Schweiz vor 2050 die Marke von 10 Millionen Einwohnerinnen und Einwohnern überschreitet. Unserer Meinung nach gehört dieser Kontext ebenfalls in die städtische Antwort, denn der macht deutlich, dass die zentrale und realistische Stellschraube die Nachfrage ist und nicht die kommunale Preisregulierung. Wir danken nochmal dem Interpellanten für die Fragen. Wir freuen uns auf die Antworten mit Fakten und vor allem mit fundierten Quellenangaben. Weil, wie gesagt, Transparenz ist da wichtig, um die Dynamik zu verstehen. Dankeschön.

Ratspräsident, Reto Schindler: Danke vielmals, Thomas Schneider. Gibt es weitere Wortmeldungen? Peter Nabholz, FDP.

FDP-Fraktion, Peter Nabholz: Wir alle wissen, der Bodenpreis in Kloten ist ein wesentlicher Faktor, lieber Max. Doch daneben gibt es eine Vielzahl an Vorgaben, energetische Standards wie Energie, Anforderungen an Schallschutz, Brandschutz, Lüftungsanlagen, Pflicht zu erneuerbaren Energien, Solaranlagen. Jede einzelne Vorgabe mag in sich selber und im Grundsatz sinnvoll und gut gemeint sein, aber in der Summe führen sie dazu, dass die Baukosten und damit auch die Mieten massiv steigen. Und da stellen wir uns schon die entscheidende Frage, welche dieser Vorgaben ist wirklich zwingend? Wo bestehen Spielräume? Liebe SP, Spielräume um Kosten abzufedern, das sollte auch in eurem Palmaris stehen. Und wo entstehen Mehrkosten, die gar nicht von der Stadt selbst beeinflusst werden können, sondern von Bund, Kantonen und Normen, die von Fachverbänden auch zum Teil entwickelt worden sind? Mietpreise bei Neubauten bewegen viele Menschen in Kloten, quer durch alle politischen Lager. Mit dieser Interpellation möchte unser Fraktionspräsident Daniel Körner nichts anderes, als keine ideologische Debatte führen, sondern eine faktenbasierte Grundlage schaffen. Er fragt nach Fakten und Antworten. Ich stelle bei euch fest, SP, dass ihr

die latente Wohnungsknappheit gar nicht angehen wollt und eine Bewirtschaftung des Problems als euer Ziel habt, mit dem Angriff von vorherein auf Alles, was nicht eurer ideologischen Agenda entspricht. Eine Auslegung von Ursachen, warum, das stellt ihr nicht. Ihr seid zu keiner Lösung bereit und malt nur schwarz. Alle zusammen, wir machen Klassenkampf - nur die anderen dürfen keine Fragen stellen. Und von vornherein, Kollege Thomas Schneider hat es schon erwähnt, schaut ihr die, die Rendite machen wollen und uns Möglichkeiten geben, zu bauen und zu wohnen, als nicht akzeptierbar und böse an. Wir stellen die Frage nach dem Warum und wollen den Kostentreiber wie Energieeffizienz, wie ich vorhin schon gesagt habe, und den Materialpreisen, den Bauvorschriften und der ökologischen Umgebungsgestaltung einmal irgendwo auch ein Feld geben, dass man auch sieht, warum das so ist. Die SP Kloten begnügt sich damit, dass einzig die Investoren schuld sind. Das ist gierig, die sind gierig und böse. Sozialverträglich, liebe SP, ist das nicht. Und vielleicht noch ein kleiner Hinweis an den Kollegen Thomas Schneider. Von dem her, wenn du ja schon so auf Quartierspezifische Fragen aus bist, dann müsstest du vielleicht schnell den anderen Vorstoss abwarten, der nachher von dem Postulanten der FDP nach quartiersspezifischen Vorgaben kommt. Dort sind die Fragen drin. Und dort sind wir alle natürlich herzlich eingeladen, zu dem Postulat auch Ja zu sagen. Besten Dank.

Ratspräsident, Reto Schindler: Danke vielmals, Peter Nabholz. Ich bitte nochmal alle, die da reden, gerade ins Mikrofon zu sprechen, denn ich hier vorne, ich verstehe das schon, aber ich weiss nicht, ob die Leute hinten das noch verstehen. Einfach ein bisschen darauf achten. Ich probiere es auch. Ich bin mir auch nicht gewohnt, dass ich nie den Kopf bewege. Also, gibt es weitere Wortmeldungen? Roman Walt, GLP.

GLP-Fraktion, Roman Walt: Ich versuche, dem Ratspräsidenten gerecht zu werden. Tut mir leid, dass ich hier etwas umstellen muss. Ja, geschätzte Ratsleitung, liebe Anwesende, ich habe eigentlich erst beim nächsten Vorstoss zum Thema etwas sagen wollen. Aber nach diesen Worten muss ich jetzt doch noch einmal kurz raufkommen. Wir haben vom Interpellant gehört, man will ehrliche, faktenbasierte Antworten auf die Fragen, die gestellt worden sind. Peter Nabholz hat vorhin gesagt, man darf doch fragen, warum etwas ist. Aber gleichzeitig ist mit den letzten drei Wortmeldungen das Warum immer schon beantwortet worden. Also bei Peter Nabholz ist es die Bürokratie und die ganzen Verordnungen, die Treiber der Mietpreise sind. Bei der linken Seite sind es natürlich die bösen Immobilienhaie und bei Thomas Schneider ideologiefreie, aber dann motzt man gegen das Energiegesetz und gegen die Bodeninitiative, der die Bevölkerung zugestimmt hat. Aber wenn es nicht im Interesse der SVP ist, dann muss man das natürlich nicht berücksichtigen. Jedenfalls, GLP ist per DANN seit der Gründung faktenbasiert. Wir erwarten vom Stadtrat in der Beantwortung, dass wirklich das grosse ganze Bild mit all den Argumenten, die wir jetzt gehört haben, mit einzubeziehen. Wir spekulieren oder vermuten nicht oder wollen jetzt schon sagen, was die Gründe dafür sind, die Preise steigen. Wir warten die Antworten ab. Vielen Dank.

Ratspräsident, Reto Schindler: Danke vielmals, Roman Walt. Gibt es weitere Wortmeldungen? Das scheint nicht der Fall zu sein. Somit beantwortet der Stadtrat die Interpellation bis zur nächsten Sitzung.

Postulat 13915; Daniel Körner, FDP; Konkretisierung der Wohnraumstrategie: quartierspezifische Vorgaben und Einheimischen-Bonus prüfen; Begründung / Überweisung

Am 10. Juni 2025 wurde von Daniel Körner, FDP und Mitunterzeichnenden das folgende Postulat eingereicht:

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen:

- *wie im Rahmen, der vom Stadtrat am 10. April 2025 beschlossenen Wohnraumstrategie quartierspezifische Zielsetzungen und planerische Vorgaben entwickelt werden können;*
- *wie die Strategie sicherstellt, dass Investoren und Planer frühzeitig erkennen, welche Wohnformen in welchem Gebiet politisch und planerisch gewünscht sind;*
- *inwiefern bei der Umsetzung der Strategie gezielt Instrumente und Anreize für bedarfsgerechtes Wohnen geschaffen werden können (2. B. Familienwohnungen, Alterswohnungen, Wohneigentum, preisgünstiger Wohnraum);*
- *ob und wie bei durch die Stadt mitgestalteten oder geförderten Projekten - insbesondere im Bereich preisgünstigen Wohnraums - ein Einheimischen-Bonus rechtlich zulässig und sachlich gerechtfertigt ausgestaltet werden kann.*

Begründung:

Der Stadtrat hat am 10. April 2025 die Erarbeitung einer umfassenden Wohnraumstrategie beschlossen. Ziel ist es, soziale Durchmischung zu fördern, die Versorgungslage zu verbessern und wohnpolitische Zielsetzungen künftig auf einer klaren Grundlage zu definieren.

Bereits im Jahr 2023 wurde mit der Interpellation von Gemeinderat Philipp Alex Gehrig (FDP) ein Fokus auf die langfristige Wohnentwicklung in Kloten bis 2035 gelegt. Damals wurde unter anderem danach gefragt, wie der Stadtrat den Wohnbedarf ermittelt, auf welche Annahmen er seine Einschätzungen stützt und welche wohnpolitischen Massnahmen er konkret umsetzen will - und auf welche er bewusst verzichtet.

Die nun entstehende Wohnraumstrategie bietet die Gelegenheit, diese Fragen verbindlich und strukturiert zu beantworten. Aus Sicht der FDP Kloten ist es dabei zentral, dass die Strategie nicht bei allgemeinen Zielbildern stehen bleibt, sondern klare Vorgaben für konkrete Gebiete schafft. Eine quartierspezifische Differenzierung - etwa mit Fokus auf Alterswohnen in einem Quartier, familienfreundlichem Wohnen in einem anderen - schafft Planungssicherheit für Investoren und Verwaltung und ermöglicht zielgerichtete Stadtentwicklung.

Zugleich soll der Stadtrat auch prüfen, ob ein Einheimischen-Bonus in bestimmten Segmenten rechtlich zulässig und sozial sinnvoll wäre. Dies insbesondere im Bereich preisgünstiger Wohnungen, bei denen durch städtische Steuerung oder Förderung ein Handlungsspielraum besteht. Ziel eines solchen Bonus wäre es, langfristig in Kloten wohnhaften Personen - etwa Familien, Rückkehrer oder ältere Menschen - gezielt den Verbleib oder die Rückkehr in die Stadt zu ermöglichen.

Die FDP Kloten möchte mit diesem Postulat erreichen, dass die Wohnraumstrategie mit politischer Klarheit, inhaltlicher Tiefe und sozialem Augenmass ausgestaltet wird – im Sinne einer lebenswerten, durchmischten und nachhaltig entwickelten Stadt Kloten.

Antrag Postulent Daniel Körner, FDP:

Der Postulent beantragt dem Gemeinderat gestützt auf Art. 37 Abs. 3 des Geschäftsreglements, den Text des Postulats resp. den Prüfauftrag wie folgt anzupassen:

- ~~1. wie im Rahmen, der vom Stadtrat am 10. April 2025 beschlossenen Wohnraumstrategie quartierspezifische Zielsetzungen und planerische Vorgaben entwickelt werden können;~~
- ~~2. wie die Strategie sicherstellt, dass Investoren und Planer frühzeitig erkennen, welche Wohnformen in welchem Gebiet politisch und planerisch gewünscht sind;~~
- ~~3. inwiefern bei der Umsetzung der Strategie gezielt Instrumente und Anreize für bedarfsgerechtes Wohnen geschaffen werden können (z. B. Familienwohnungen, Alterswohnungen, Wohneigentum, preisgünstiger Wohnraum);~~
4. ob und wie bei durch die Stadt mitgestalteten oder geförderten Projekten - insbesondere im Bereich preisgünstigen Wohnraums - ein Einheimischen-Bonus rechtlich zulässig und sachlich gerechtfertigt ausgestaltet werden kann.

Beschluss:

1. Der Änderungsantrag wird mit 12 Ja- zu 9 Nein-Stimmen und 7 Enthaltungen angenommen.
2. Das angepasste Postulat 13915; Daniel Körner, FDP; Konkretisierung der Wohnraumstrategie: quartierspezifische Vorgaben und Einheimischen-Bonus prüfen wird mit 9 Ja- zu 18 Nein-Stimmen und 1 Enthaltungen nicht an den Stadtrat überwiesen.

Wortmeldungen

Ratspräsident, Reto Schindler: Wir kommen zum Postulat 13915; Daniel Körner, FDP; Konkretisierung der Wohnraumstrategie, quartierspezifische Vorgaben und einheimische Bonusprüfe; Begründung und Überweisung. Das Postulat wurde am 10. Juni 2025 eingereicht. Die Ratsleitung befindet den Vorstoss als postulatsfähig. Wie bereits bei der vorgegangenen Interpellation ist die Begründung und die Abstimmung über die Überweisung auf die heutige Sitzung verschoben worden. Der Ablauf ist folgender: Begründung durch den Postulanten Daniel Körner. Stellungnahme durch den Stadtrat, Diskussion im Gemeinderat und der Beschluss über die Überweisung. Ich bitte den Postulanten Daniel Körner um Begründung.

Daniel Körner, FDP: Wir reden heute über ein Thema, das nicht nur planerisch, technisch, sondern zutiefst politisch und sozial ist. Die Zukunft des Wohnens in Kloten. Eine Stadt, in der über 40'000 Menschen arbeiten, aber nur gut halb so viele wohnen. Eine Stadt, die wirtschaftlich prosperiert, verkehrstechnisch optimal angebunden ist und doch für viele, die hier leben wollen, unerschwinglich geworden ist. Das Spannungsfeld zwischen Wirtschaftskraft und Wohnraumnot ist in Kloten nicht abstrakt. Es ist täglich spürbar. Für junge Familien, die eine grössere Wohnung suchen und an der Miete scheitern. Für ältere Menschen, die aus ihrer Wohnung raus müssen und nichts Neues mehr finden. Für Einzelhaushalte mit knappem Budget, die an der Verdrängung leiden. Und für junge Erwachsene nach der Lehre, die den Ort ihrer Kindheit verlassen müssen. Dass der Stadtrat diesen Frühling beschlossen hat, eine umfassende Wohnraumstrategie zu erarbeiten, begrüsse ich ausdrücklich. Es war ein überfälliger Schritt, hat doch die IP unserer Fraktion des Erstunterzeichners Philipp Alex Gehrig im Jahr 2023 genau das gefordert. Die Gründe liegen auf der Hand. Wir haben einen rasant alternden Gebäudebestand aus den 50er bis 70er Jahren. Viele dieser Bauten stehen vor Ersatz oder Sanierung. Wir haben eine knappe Wohnraumversorgung, nicht nur gefühlt, sondern real messbar. Die Nachfrage steigt, gerade im unteren und mittleren Preissegment. Und wir erleben einen starken

Strukturwandel in den Quartieren. Die Stadt verändert sich, aber leider nicht immer im Gleichschritt mit der sozialen, demografischen und infrastrukturellen Realität. Darum ist es gut, dass die Stadt Kloten nicht länger passiv bleibt. Und genau darum braucht es unser Postulat. Denn die Wohnraumstrategie muss nicht ersetzt werden, sondern sie muss ergänzt und konkretisiert werden. Sie darf nicht bei allgemeinen Leitsätzen stehen bleiben. Sie muss sich in die Praxis übersetzen lassen. Unser Postulat will nicht weniger, aber auch nicht mehr als den begonnenen Strategieprozess sinnvoll vertiefen. Es will dem Stadtrat nicht reinreden, sondern ihn zu mehr inhaltlicher Präzision auffordern. Und es will dem Gemeinderat, also uns, ein Instrument in die Hand geben, mit dem wir die Stossrichtung mitbestimmen können. Ideenberechtigt ist unser Postulat, das durch jede Partei über die Begleitgruppe in der geschaffenen Wohnraumstrategie direkt Ideen einbringen kann. Ja, wir sitzen alle in dieser Begleitgruppe. Und ja, es wird uns vom Stadtrat die Möglichkeit geben, in nächster Zeit Ideen einzubringen. Das ist wichtig und das nutzen wir auch. Aber ein Postulat hat eine andere Qualität. Es ist öffentlich, verbindlich und politisch breit legitimiert. Es setzt einen offiziellen Prüfauftrag, nicht nur eine Gesprächsanregung. Es schafft Transparenz gegenüber der Bevölkerung, was geprüft werden soll und warum. Gerade jetzt, weil wir jetzt in einer entscheidenden Phase der Strategiedefinition stehen, ist es sinnvoll, zentrale Anliegen nicht nur informell, sondern auch formell zu platzieren. Darum ist das Postulat keine Konkurrenz zu der Begleitgruppe in der Wohnraumstrategie, sondern eine Ergänzung. Ein Zeichen, dass die FDP ihre Verantwortung als konstruktive Kraft in diesem Prozess öffentlich wahrnimmt und nicht hinter verschlossenen Türen. Wir leben in einer Stadt im Wandel und dieser Wandel betrifft nicht nur Gebäude, sondern auch die Menschen darin. Unser Postulat ist ein Baustein, nicht mehr, aber auch nicht weniger. Ein Beitrag zur Konkretisierung, zur Differenzierung, zur sozialen Verantwortung. Ich bitte euch Volksvertreter, gebt mit dieser Strategie die Tiefe, die sie braucht. Gebt damit dem Stadtrat den Prüfauftrag, den er braucht. Und gebt damit den Menschen in Kloten eine Perspektive, die sie verdienen. Vielen Dank.

Ratspräsident, Reto Schindler: Danke vielmals, Daniel Körner. Der Stadtrat gibt bekannt, ob er bereit ist, das Postulat entgegenzunehmen. Und die Auskunft innerhalb von sechs Monaten zu erteilen. Ich frage dich, Roger Isler, als zuständiger Ressortvorsteher. Ist der Stadtrat bereit, das Postulat entgegenzunehmen?

Stadtrat Roger Isler: Ja, geehrte Teilnehmer des heutigen schönen Gemeinderatsanlasses. Der Stadtrat ist der Meinung, dass er das Postulat nicht entgegennehmen möchte und hofft auch, dass der Rat es nicht überweist. Und das will auch die neu eingesetzte Wohnraumstrategie-Kommission, die ja auf dieser Interpellation von Philipp Gehrig fasst, wie du das ja selber auch gesagt und genannt hast. Dort werden die Postulatsthemen ja bereits behandelt und daraus wird auch unweigerlich ein Bericht entstehen. Und somit muss man das nicht doppelspurig machen. Eure Forderungen nach mehr Wohneigentum für Kloten müssen wir demnach natürlich auch in dieser Wohnraumstrategie-Kommission einbringen. Ich danke dem Rat für die Nichtüberweisung des Postulats, damit wir keine Doppelspurigkeiten haben und auch keine zusätzlichen Kosten verursachen.

Ratspräsident, Reto Schindler: Danke vielmals, Roger Isler. Gibt es Wortmeldungen aus dem Gemeinderat? Diana Diaz, Grüne.

Grüne-Fraktion, Diana Diaz: Sehr geehrte Ratsleitung, geschätzte Anwesende, auf den ersten Blick wirkt das Postulat nach einem konstruktiven Beitrag. Doch bei genauerem Anschauen stellt man fest, es ist in erster Linie populistisch und es politisiert an den eigentlichen Problemen vorbei. Die stadträtliche Begleitgruppe zur Wohnraumstrategie, wir haben es gerade schon gehört, nimmt ihre Arbeit bald auf. Mit diesem Postulat wird jetzt versucht, diese Gruppe einzuschränken, noch bevor sie überhaupt richtig mit ihrer Arbeit anfangen konnte. Das ist nicht zielführend. Inhaltlich ist aus unserer Sicht ausserdem der vorgeschlagene Einheimischen-Bonus problematisch. Da stellen sich sofort grundlegende Fragen wie: Wer gilt überhaupt als einheimisch? Wie lange müsste man in Kloten gewohnt haben, um einheimisch zu sein? Wie lange dürfte man zwischendurch woanders gelebt haben? Und so weiter. Man merkt also, der Bonus ist nicht zu Ende gedacht. Und schlimmer noch, ein solcher Einheimischen-Bonus spielt Menschen gegeneinander aus. Das kann nicht

der Weg sein, den wir für unsere Stadt gehen wollen. Die Realität in Kloten ist doch eine andere. Menschen ziehen nicht weg, weil sie bei einer Wohnungsvergabe abgelehnt werden, sondern weil es wenig bis keinen bezahlbaren Wohnraum gibt. Genau da liegt das eigentliche Problem. Und da zeigt sich die Widersprüchlichkeit dieses Vorstosses. Wer ernsthaft über einen Einheimischen-Bonus reden will, muss überhaupt zuerst dafür sorgen, dass es genügend preisgünstigen Wohnraum gibt. Doch genau dagegen stellt sich die rechte Ratshälfte regelmässig. Darum sagen wir von den Grünen klar, der erste Schritt wäre nicht ein Bonus mit völlig offenen Kriterien, sondern die Schaffung von mehr bezahlbaren Wohnungen. Das Postulat zeigt leider vor allem eines, die rechte Ratshälfte ist nicht wirklich an echten Lösungen interessiert. Wir Grünen hingegen möchten Probleme bei den Wurzeln packen und setzen uns für bezahlbaren Wohnraum für alle Menschen in Kloten ein. Aufgrund dieser Kriterien lehnt die Grüne Fraktion das Postulat ab. Danke für die Aufmerksamkeit.

Ratspräsident, Reto Schindler: Danke vielmals, Diana Diaz. Gibt es weitere Wortmeldungen? Zuerst Pascal Walt, nachher kommst du dran Thomas. Entschuldigung.

Die Mitte Fraktion, Pascal Walt: Sehr geehrte Ratsleitung, liebe Anwesende, welche Massnahmen könnten helfen, um, wir haben es gelesen, frühzeitig, bedarfsgerecht, sozialökonomisch und preisgünstiges Wohnen zu ermöglichen? Ist ein möglicher Einheimischen-Bonus Teil der Lösung oder eher kontraproduktiv? Die Arbeitsgruppe Wohnraumstrategie ist noch nicht gestartet und schon stellen sich die ersten Fragen in Form des Postulats. Dazu werden wir in der Arbeitsgruppe sicherlich noch genug diskutieren. Interessanter ist heute eher die Frage, in welchem Rahmen wir die Diskussion politisch überhaupt führen können und dürfen, beziehungsweise welche Massnahmen gesetzlich erlaubt sind und welche nicht. Die Frage ist so zeitnah wie möglich zu beantworten. Wir unterstützen das Postulat und erwarten, dass die Antworten auch zeitnah in die Arbeitsgruppe Wohnraumstrategie einfließen. Herzlichen Dank.

Ratspräsident, Reto Schindler: Danke vielmals, Pascal Walt. Jetzt bitte ich Thomas Schneider von der SVP nach vorne.

SVP-Fraktion, Thomas Schneider: Sehr verehrte Ratsleitung, Ratskolleginnen und Kollegen, verehrter Stadtrat, Pressevertreter, Zuschauerinnen und Zuschauer. Die SVP Kloten unterstützt das Geschäft tatsächlich nicht. Wir anerkennen, dass das Postulat gute Absichten zeigt. Es verspricht Leitplanken und mehr Orientierung. Entscheidend ist aber, was in der Praxis daraus wird. Aus unserer Sicht führen die geforderten Instrumente zu planwirtschaftlichen Denkmustern, die die Stadt zu einem steuernden Akteur im Wohnungsmarkt machen. Starre Vorgaben zu Preiskategorien oder Quoten und eine aktive Steuerung über städtische Landgeschäfte oder Baurechtschaften und Abhängigkeiten erhöhen die Verwaltungslast und, notabene schrecken auch private Investoren ab. Und, das ist ganz klar der falsche Weg, wenn man heute schon einen klaren Nachfrageüberhang hat. Die jüngste Einwohnerstatistik zeigt klar, woher das Thema kommt. Im Jahr 2024 ist Kloten ganz kräftig gewachsen, vor allem durch die Zuzüge und besonders durch die Zunahme der ausländischen Wohnbevölkerung. In einem solchen Umfeld brauchen wir verlässliche und schlanke Verfahren, nicht zusätzliche Lenkung. Und wer die Nachfrage ignoriert, der kurbelt einfach nur die Kosten an und darum lehnen wir das Postulat auch ab. Damit Kloten für unsere Bevölkerung und vor allem auch die da ansässige Bevölkerung wohnhaft bleibt, braucht es ein anderes Mittel. Wir brauchen einen Vorrang, der die Nachfrage bremst und damit der da verwurzelten Bevölkerung einen Vorrang gibt. Ich habe das Votum von Diana vorher nicht ganz verstanden, aber die Heimatinitiative der Zürcher SVP bekräftigt doch genau diese Prioritätensetzung. Ich habe das vorher schon ausgeführt und genau dort wird die Verwurzelung der einheimischen Bevölkerung ins Zentrum gestellt. Und wir erachten, dass dort das Problem adressiert wird, wo es eben auch wirklich herkommt. Das Postulat tut das tatsächlich nicht ausreichend und verläuft sich zu stark auf die städtische Steuerung. Und aus diesem Grund lehnen wir das Geschäft auch ab. Danke vielmals.

Ratspräsident, Reto Schindler: Danke vielmals, Thomas Schneider. Gibt es weitere Wortmeldungen aus dem Gemeinderat? Max Töpfer, SP.

SP-Fraktion, Max Töpfer: Herr Präsident, geschätzte Anwesende. Es ist schon bemerkenswert, dass wir heute über dieses Postulat der FDP zur Konkretisierung der Wohnraumstrategie diskutieren. Mir ist es ein wenig schleierhaft, wie etwas konkretisiert werden soll, was noch gar nicht existiert. Zur Erinnerung, liebe FDP und Daniel, du hast es auch angesprochen, ab November wird eine Begleitgruppe Wohnen tagen. Dort arbeiten Vertretungen aller Fraktionen, auch eurer Fraktion, gemeinsam mit dem Stadtrat und Fachpersonen an genau dieser Wohnraumstrategie. Als Partei, die den für das Bauen zuständigen Stadtrat stellt, hätte ich schon erwartet, dass euch dieses Vorgehen klar sein sollte. Aus Sicht der SP ist es sinnvoller, zunächst die Ergebnisse dieser Begleitgruppe abzuwarten, bevor mit solchen Vorstössen hier Tatsachen geschaffen werden. Es gibt aber auch inhaltliche Aussagen in diesem Postulat, die wir als SP nicht unterstützen können. So fordert die FDP quartierspezifische Zielsetzungen mit Familienwohnungen, Alterswohnungen und preisgünstigem Wohnraum. Doch was genau ist damit gemeint, liebe FDP? Wollen wir wirklich damit anfangen, verschiedene Bevölkerungsgruppen in den Quartieren Klotens gezielt zu trennen? Für die SP ist klar, wir wollen keine Segregation, sondern eine gute soziale Durchmischung in allen Quartieren. Es braucht überall Familien, Singles, Junge, Seniorinnen, Menschen mit und ohne Migrationsgeschichte, Menschen mit tiefen und hohen Einkommen, Nur so bleibt das soziale Gefüge in unserer Stadt ausgewogen und stabil. Gleichzeitig sehen wir genau diese soziale Durchmischung aktuell gefährdet. Seit 2013 haben wir in nahezu allen Quartieren Innenverdichtungen ermöglicht, was die rege Bautätigkeit der letzten Jahre zeigt. Das ist grundsätzlich positiv, denn wir brauchen mehr Wohnraum und müssen mit dem bestehenden Bauland haushalten. Doch diese Entwicklung hat auch Schattenseiten. Günstiger Wohnraum verschwindet und für immer mehr Menschen wird es schwieriger, in Kloten eine bezahlbare Wohnung zu finden. Deshalb setzt sich die SP klar dafür ein, dass der Anteil an gemeinnützigen und preisgünstigen Wohnungen in unserer Stadt signifikant zunimmt. Leider sind es jedoch immer wieder die FDP zusammen mit der SVP und der Mitte, die sich solchen Lösungen widersetzen. Zuletzt wurde das bei der Debatte um den Gestaltungsplan Gwärfihölzli deutlich, als dringend benötigte bezahlbare Wohnungen von diesen dreien Parteien verhindert wurden. Auch der vorgeschlagene Einheimischen-Bonus der FDP klingt auf den ersten Blick verlockend. Dennoch lenkt er vom eigentlichen Problem ab. Es geht nicht in erster Linie darum, ob jemand aus Kloten stammt, sondern ob sich die Menschen überhaupt hier noch eine Wohnung leisten können. Die SP ist nichtsdestotrotz der Ansicht, dass ein Vorrang für Klotenerinnen bei städtischen Bauprojekten, wie etwa den Alterswohnungen auf den Chasern, durchaus durch die Begleitgruppe Wohnen geprüft werden sollte. Aus all diesen Gründen wird die SP das Postulat nicht unterstützen. Wir wollen die Arbeit der Begleitgruppe abwarten und eine Wohnraumstrategie erarbeiten, die sozial ausgewogen und zukunftsfähig ist. Solche Profilierungsvorstösse, liebe FDP, helfen uns dabei nicht weiter. Vielen Dank.

Ratspräsident, Reto Schindler: Vielen Dank, Max Töpfer. Gibt es weitere Worte aus dem Gemeinderat? Roman Walt, GLP.

GLP-Fraktion, Roman Walt: Geschätzte Ratsleitung, liebe Anwesende, wir haben es jetzt schon mehrmals gehört, es gibt einen Stadtratsbeschluss, auf welchen sich auch das Postulat bezieht, welches unter anderem die Einsetzung dieser Begleitgruppe zur Erarbeitung einer Wohnraumstrategie beinhaltet. Ich möchte ganz kurz zum Start als Information für alle hier, die vielleicht noch nicht so genau mitbekommen haben, um was es geht, zwei Zitate ausführen. Das erste Zitat: "Die Wohnraumstrategie umfasst im Wesentlichen die folgenden Aspekte, Mietwohnungen, preisgünstiger Wohnraum, Wohneigentum, Alterswohnungen, Generationenwohnungen, neue Wohnformen, zum Beispiel Clusterwohnungen. Schliesslich soll die Wohnraumstrategie auch einen Fokus auf die Quartiersentwicklung legen und quartierspezifische Massnahmen aufzeigen." Das zweite: "Die Wohnraumstrategie ist mit einem partizipativen Prozess zu begleiten. Neben den Projektbeteiligten sind insbesondere Vertreter der Fraktionen einzuladen, da eine gelungene Wohnraumstrategie auf eine breite politische Akzeptanz angewiesen ist." Wenn man jetzt den Voten voran nicht zugehört hat und auch den Postulanten am Anfang, ist eigentlich mit Ausnahme des Punkts zur Prüfung von einer Machbarkeit eines Einheimischen-Bonus, also alle von der FDP zur Prüfung geforderten

Punkte, bereits in diesem Stadtratsbeschluss, der öffentlich einsehbar ist, enthalten. Die Tiefe, die gefordert wird, ist in diesem Beschluss zur Erarbeitung der Wohnraumstrategie bereits enthalten. Ich möchte einen Schritt zurückgehen und zurückblicken. Wir hatten einen ähnlichen Fall bereits schon einmal, dass alle Fraktionen in die Arbeit der damaligen Arbeitsgruppe Energiestrategie einbezogen wurden, aus welcher dann die jetzige Energiekommission herausgegangen ist und aus der Energiekommission oder aus der Arbeit der Arbeitsgruppe dann zum Beispiel die Klotener Gesamtenergiestrategie, wie auch weitere Massnahmen und Förderprogramme, von welchen wir zwei heute noch anschauen werden. Diese waren breit politisch abgestützt und haben im Rat meistens, oder wurden sogar fast immer praktisch einstimmig vom Gemeinderat verabschiedet. Also was die Fraktionen dort gemacht haben, war, sich aktiv in den Arbeitsgruppen einzubringen, mitzuarbeiten und die Fachfrage in der AG zu besprechen. Das will die FDP heute mit dem Postulat nicht abwarten. Genau diese Partei, und wir haben es vorhin von ihrem Stadtrat auch schon gehört, die eigentlich sonst den unnötigen Aufwand oder Arbeit in der Verwaltung verhindern möchte, löst jetzt mit dem Postulat, weil es doch eben grosse Überschneidungen sind, zusätzliche Aufwände aus. Aus unserer Sicht stört das auch den Prozess, der gerade erst am Entstehen ist. Und die Arbeit der Begleitgruppe, wir haben es gehört, die fängt ja erst gerade an. Wir haben es auch schon gehört, das hat ja die FDP selber auch gefordert, dass die Arbeitsgruppe starten soll. Da die Einreichung des Postulats nicht deckungsgleich war, sondern zwei Monate nach dem Stadtratsbeschluss eingereicht wurde, können wir die hohe Überschneidung und Doppelspurigkeiten im vorliegenden Vorstoss nicht verstehen. Man kann sich überlegen, aus welchen Gründen das so entstanden ist. Jedenfalls, weil das Postulat so viele Doppelspurigkeiten hat, die wir nicht verstehen können, können wir das von der GLP so nicht unterstützen und lehnen das Postulat darum ab. Wenn es darum geht, über die Machbarkeit des Einheimischen-Bonus zu diskutieren, in welcher Form auch immer, in der Arbeitsgruppe, mit anderen Abklärungen, und da geht es nicht um populistische Massnahmen, sondern wieder wie vorhin, um eine Gesamtschau der Massnahmen, der Möglichkeiten, die wir haben, was das Thema Wohnen angeht, da unterstützen wir die FDP sehr gerne dabei. Vielen Dank.

Ratspräsident, Reto Schindler: Danke vielmals, Roman Walt. Ich wollte noch sagen, fühlt euch besonders geehrt, dass im Publikum eine der zwei ersten Preisträgerinnen des neuen Preises Klotener Kulturlöwe Platz genommen hat. Die Tochter des Gemeinderatsmitglieds Sigi Sommer, Thaila Sommer. Willkommen als Zuschauerin der Gemeinderatssitzung. Gibt es weitere Wortmeldungen? Peter Nabholz, FDP.

FDP-Fraktion, Peter Nabholz: Liebe Alle. Ja, es gab jetzt ein paar Voten, die ich nicht ganz so stehen lassen kann. Vielleicht fange ich gerade mit dem Letzten an, mit Roman. Du bist nicht der Letzte, sondern der letzte Redner. Bei Roman, dem die Überlegung nicht ganz klar war, warum der Vorstoss zwei Wochen später als die Wohnraumstrategie eingegangen ist. Wir haben das bereits erwähnt. Eigentlich die ganze Grundlage von diesem Postulat ist nicht, weil wir uns profilieren wollen, lieber Max. Es geht nicht um einen Profilierungsvorstoss, sondern es geht darum, dass die Grundlage der Wohnraumstrategie seinerzeit von Philipp Gehrig mit seiner IP, also Interpellation, die er vor zwei Jahren eingebracht hat, ein Umdenken bei der Einbindung der Volksvertretung beim Stadtrat ausgelöst hat. Und der hat am 10. April den Startschuss in seiner Verwaltung geben, hier eine Wohnraumstrategie auszuarbeiten. Und wir begrüßen das ausserordentlich von der FDP, dass wir jetzt endlich mit den Volksvertretern und zusammen auch mit fachlichen Gremien arbeiten können, Einfluss nehmen können mit einem Beisitz. Und liebe Diana, lieber Max, wir hatten doch einmal eine Transformationsgeschichte dort hinten im Steinacker. Also keiner aus den bürgerlichen Parteien, ausser vielleicht zwei, die Nein gesagt haben, waren dort gegen bezahlbaren Wohnraum. Wir wollten dort 25% bezahlbaren Wohnraum machen, aber wir wissen alle zusammen, eine Mehrheit unserer Bevölkerung, der Souverän hat das abgeschlagen, das heisst abgelehnt. Heute befinden wir uns jetzt wieder an einem Ort, an dem wir wieder verstärkt in den vorhandenen Quartieren Ordnung schaffen müssen - nicht Ordnung schaffen, aber gute Voraussetzungen erarbeiten müssen. Und dann kommt die SP-Forderung, die von dem her uns nachsagt, dass wir, bevor etwas konkretisiert wird, einfach reinhauen. Also ich möchte an das Projekt Claudunum erinnern, wo die Stadt von dem her Wohnungen bauen will und die SP

Kloten droht dem Stadtrat damit, dass sie dort ein Referendum eingeben. Sie verhindern, dass etwa 150 Wohnungen in Kloten möglicherweise gebaut werden, nur, weil sie nicht 100% bezahlbaren Wohnraum dorthin machen. Es ist lächerlich, Max, dass du uns sagst, dass ihr gegen die Segregation seid. Genau so fördert ihr die Segregation, indem ihr ganz viele Leute dorthin packt, von dem her, wo ihr sagt, das sind die Richtigen für uns. Wir von der FDP sind für die Leute, die auch einkommensschwach sind. Es braucht alle zusammen. Aber es braucht auch einkommensstarke da drinnen. Und mit 20% Eigenheimquote, die wir in Kloten haben, stehen wir am 5. Platz. Nicht am vordersten, sondern von 160 Gemeinden am 5. letzten Platz von Eigentum. Leute ziehen weg, und zwar die Hälfte der Bevölkerung innerhalb von fünf Jahren zieht aus Kloten weg. Das ist Fakt. Und wenn wir gewisse Sachen steuern wollen, dass wir die Eigenheime fördern wollen, die man zwar nicht gesetzlich verordnen könnte wie den bezahlbaren Wohnraum, dann sagt man uns, wir machen da einen Profilierungsvorstoß. Ich finde das doch ein bisschen billig, wenn nicht gar günstig. Also von diesem Hintergrund her, macht doch einfach den Fächer auf. Möglicherweise gibt es da Möglichkeiten, dass wir uns heute Abend noch finden. Vielleicht nicht ganz auf der ganzen Ebene vom Postulat. Wir werden sehen. Danke vielmals.

Ratspräsident, Reto Schindler: Danke vielmals, Peter Nabholz. Gibt es weitere Wortmeldungen aus dem Gemeinderat? Max Töpfer, SP.

SP-Fraktion, Max Töpfer: Herr Präsident, geschätzte Anwesende, danke dir, Nabi, für deine Brandrede hier. Vielleicht noch kurz ein Punkt zum Projekt Claudunum. Ja, wir als SP haben das Referendum angekündigt, ja, wir als SP haben eine Petition lanciert, aber hier stützen wir uns auch auf die stadträtliche Antwort auf unsere Interpellation, die wir zu dem Bauprojekt eingereicht haben, wo wir durchaus sagen, die Angst haben, dass der Stadtrat dort ein sehr wertvolles städtisches Grundstück verspielt, um dort irgendwie einen maximalen Gewinn rauszuziehen, statt dort dann irgendwie dringend benötigte Genossenschaftswohnungen zu erstellen. Wir haben in Kloten die Situation, dass seit Jahren der Anteil Genossenschaftswohnungen stagniert. Wir haben in Kloten auch die Situation, dass die Leute immer mehr Miete zahlen. In den letzten vier Jahren sind das rund 16 Prozent, wie Zahlen von Wirscht und Partner zeigen, dass die Leute in Kloten mehr Miete zahlen. Und da muss man irgendwo entgegenwirken. Und indem man einfach Wohnbaugenossenschaften fördert, sehen wir dort quasi einen guten Punkt, um zu schauen, dass die Leute bei uns in der Stadt weniger Miete zahlen. Und ja, einfach nur nochmal, um das klarzustellen, warum wir dort dann quasi gefunden haben, dort müssen wir eingreifen. Danke.

Ratspräsident, Reto Schindler: Danke vielmals, Max Töpfer. Gibt es weitere Wortmeldungen aus dem Gemeinderat? Sandra Eberhard, SVP.

Sandra Eberhard, SVP: Geschätzte Ratsleitung, verehrte Gäste. Sehr geehrter Stadtrat, liebe Kolleginnen und Kollegen aus dem Gemeinderat. Ich habe eigentlich nicht geplant, heute nach vorne zukommen. Ich möchte aber etwas sachlich klarstellen, was vorher gesagt wurde und ich so nicht im Raum stehen lassen kann. Das Projekt Gwärfihölzli wurde von den Bürgerlichen, der Mitte, SVP und FDP – diese wurden genannt – eigentlich angenommen. Man war nicht gegen zusätzlich bezahlbaren Wohnraum, sondern es ging dort um ganz allgemeine Spielregeln nach Treu und Glauben. Das Projekt war schon seit Jahren geplant – seit vier, fünf Jahren. Es wurden alle Investitionen und Kosten getätigt. Es war fertig. Und hätte man das jetzt noch so gemacht, wäre es vermutlich nicht durchgeführt worden. So haben wir zumindest Wohnungen, die dort realisiert werden. Und es wissen alle Bescheid hier vom Gemeinderat von Links bis Rechts und Mitte, dass wir hier eigentlich alle im Konsens waren, alle Bürgerlichen auch, dass wir für zukünftige Gestaltungspläne gewisse Punkte vereinbaren und regeln und darum kommt der Punkt ganz sicher auch in die gemeinsame Wohnraumstrategie für bezahlbaren Wohnraum. Das haben wir schon abgemacht. Und ich finde es nicht in Ordnung, dass ihr das als Grund sagt, dass wir dagegen gewesen sind. Um das ist es eigentlich nicht gegangen. Danke vielmals.

Ratspräsident, Reto Schindler: Danke vielmals, Sandra Eberhard. Gibt es weitere Wortmeldungen aus dem Gemeinderat? Daniel Körner, FDP.

Daniel Körner, FDP: Sehr geehrter Herr Ratspräsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen. Als Erstunterzeichner des vorliegenden Postulats beantrage ich, gestützt auf Artikel 37 Absatz 3 des Geschäftsreglements, dass der Wortlaut des Postulats geändert wird. Konkret beantrage ich, dass die ersten drei Prüfaufträge gestrichen werden und einzig folgender Punkt überwiesen werden soll: "Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, ob und wie bei durch die Stadt mitgestalteten oder geförderten Projekten, insbesondere im Bereich preisgünstigem Wohnraum, ein einheimischer Bonus rechtlich zulässig und sachlich gerechtfertigt ausgestaltet werden kann." Ich begründe das mit der jetzigen Debatte, die zeigt, dass die Konkretisierung der Wohnraumstrategie von der Mehrheit der Fraktionen bereits als Aufgabe der vom Stadtrat eingesetzten Begleitgruppe zur Wohnraumstrategie angesehen wird. Unserer Ansicht nach besteht aber dringlicher Handlungsbedarf beim Kernanliegen des Postulats, der rechtlichen Prüfung eines Einheimischen-Bonus. Die Begleitgruppe zur Wohnraumstrategie tagt erstmals am 10. November. Bis dort eine rechtliche Prüfung überhaupt diskutiert würde, vergeht wertvolle Zeit. Bis dahin hat sogar die SVP ihre kantonale Initiative über einen Einheimischen-Bonus lanciert. Wir wollen darum, dass der Stadtrat möglichst rasch die rechtliche Situation für einen Einheimischen-Bonus klärt, damit wir in Kloten zeitnah wissen, was für unsere langjährigen, wohnhaften Bürgerinnen und Bürger machbar ist. Danke.

Ratspräsident, Reto Schindler: Zuerst einmal stelle ich fest, dass wir eine Änderung des Wortes laut beantragt bekommen haben. Und jetzt habe ich gerade noch gesehen vom Fraktionschef der SVP, Marco Brunner, er fordert ein Timeout. Darum würde ich vorschlagen, dass wir zuerst einmal über das Timeout abstimmen. Oder hat da irgendjemand etwas dagegen, dann müssen wir auch nicht abstimmen. Also dann machen wir 5 Minuten Timeout.

Liebe Gemeinderatsmitglieder, in einer Minute würden wir dann wieder weitermachen. Dankeschön. Also gut, machen wir weiter. Wir haben den Abänderungsantrag vom Postulanten vorliegen. Wir würden jetzt zuerst einmal über den Abänderungsantrag abstimmen. Und wenn dann der angenommen würde, würden wir dann über die Überweisung des abgeänderten Postulats abstimmen und sonst einfach über die Überweisung des normal vorliegenden Postulats. Also wir kommen zur Abstimmung über den Abänderungsantrag. Wer dem Abänderungsantrag (Zwischenruf aus dem Rat) Wie? Also der Abänderungsantrag ist, dass die ersten drei Fragen gestrichen werden und nur noch die vierte Frage vorhanden bleibt auf dem Postulat. Ist das richtig, Postulant Daniel Körner? Also ich lese das vor. Die Fragen, die gemäss dem Änderungsantrag gestrichen werden sollen, sind 1: Wie im Rahmen vom Stadtrat am 10. April 2025 beschlossene Wohnraumstrategie quartiersspezifische Zielsetzungen und planerische Vorgaben entwickelt werden können. 2. Wie diese Strategie sicherstellt, dass Investoren und Planer frühzeitig erkennen, welche Wohnformen in welchem Gebiet politisch und planerisch gewünscht sind. 3. Inwiefern bei der Umsetzung der Strategie gezielt Instrumente und Anreize für bedarfsgerechtes Wohnen geschaffen werden können. Zum Beispiel Familienwohnungen, Alterswohnungen, Wohneigentum, preisgünstiger Wohnraum. Und weiterhin auf dem Postulat bleibt dann Punkt 4: Ob und wie bei durch die Stadt mitgestalteten oder geförderten Projekten, insbesondere im Bereich preisgünstiger Wohnraum, ein Einheimischer-Bonus rechtlich zulässig und sachlich gerechtfertigt ausgestaltet werden kann. Ist das gut? Tiptopp. Also wir kommen zu der Abstimmung. Wer dem Abänderungsantrag zustimmen möchte, bitte ich jetzt aufzustehen. Wer gegen den vorliegenden Abänderungsantrag ist, bitte ich jetzt aufzustehen. Wer sich enthalten möchte, bitte ich jetzt aufzustehen. Danke vielmals. Also, dem Abänderungsantrag wird mit zwölf Stimmen dafür, neun Stimmen dagegen und sieben Enthaltungen zugestimmt. Wir kommen zur Abstimmung über die Überweisung des abgeänderten Postulats. Der Antrag lautet: Das Postulat 13915; Daniel Körner, FDP; Konkretisierung der Wohnraumstrategie, quartiersspezifische Vorgaben und Einheimischen-Bonus prüfen wird an den Stadtrat überwiesen. Wer das vorliegende Postulat überweisen will, soll jetzt aufstehen. Wer das Postulat nicht überweisen will, bitte jetzt aufstehen. Wenn

jemand sich enthalten möchte, bitte ich, das jetzt mit Aufstehen zu bekunden. Danke vielmals, Anita. Zum Resultat: Das Postulat wird mit 18 Stimmen dagegen und 9 Stimmen dafür bei 1 Enthaltung nicht überwiesen. Dankeschön.

02.09.2025 Beschluss Nr. 126-2025 Interpellation 14084; Claudio Wäger, SVP; Rundkurs Buchhaldenquartier; Begründung

0.5.4 Parlamentarische Vorstösse

Interpellation 14084; Claudio Wäger, SVP; Rundkurs Buchhaldenquartier; Begründung

Claudio Wäger, SVP und Mitunterzeichnende haben am 18. August 2025 die folgende Interpellation eingereicht:

Das Buchhaldenquartier wird in den nächsten Jahren verdichtet, was zu einer Zunahme der Bevölkerung im Quartier führen wird, Heute verkehrt die Buslinie 731 und 736 (in Stosszeiten) nur über die Dietlikerstrasse bis zum Wendeplatz an der Hagenholzstrasse im Quartier Buchhalden. Dadurch sind die meisten Bewohner des Buchhaldenquartiers nördlich der Dietlikerstrasse gezwungen, zu Fuss zum Bahnhof zu gehen oder einen grossen Umweg durch das Quartier zu machen, um zu den Bushaltestellen an der Dietlikerstrasse zu gelangen.

Daher stelle ich folgende Fragen an dem Stadtrat:

- *Wie ist die Auslastung der Buslinien 731 und 736 im Vergleich zu anderen Quartieren?*
- *Wie viele zusätzliche Anwohner werden aufgrund der Verdichtung des Buchhaldenquartiers erwartet?*
- *Ist es möglich, die Buslinie über Hagenholzstrasse - Reutlenring - Hamelirainstrasse zu führen?*
- *Würde diese Buslinienführung zu einer besseren Erschliessung des Buchhaldenquartiers führen?*
- *Was wären die Kosten einer solchen neuen Buslinie?*

Ich danke im Voraus für die Beantwortung meiner Fragen.

Beschluss:

1. Die Begründung wird zur Kenntnis genommen. Die Antwort des Stadtrats erfolgt schriftlich bis a 18. November 2025.

Wortmeldungen

Ratspräsident, Reto Schindler: *Wir kommen zum nächsten Geschäft. Interpellation 14084; Claudio Wäger, SVP; Rundkurs Buchhaldenquartier; Begründung. Die Interpellation wurde am 18. August 2025 eingereicht. Die Ratsleitung hat entschieden, die Interpellation noch in der September-Sitzung zu behandeln. Wir kommen zum Ablauf. Zuerst kommt die Begründung durch den Interpellant Claudio Wäger. Nachher die Stellungnahme vom Stadtrat. Und wenn es einen Antrag auf Diskussion gibt, zu der Diskussion im Gemeinderat. Und eventuell noch eine Stellungnahme vom Interpellant. Claudio Wäger, ich bitte dich um die Begründung.*

SVP-Fraktion, Claudio Wäger: *Sehr geehrter Stadtrat, liebe Kolleginnen und Kollegen aus dem Rat, liebe Gäste. In Kloten wird immer mehr gebaut und verdichtet. Immer mehr Menschen sollen nach Kloten ziehen. Aber unser Verkehrskonzept bleibt gleich wie vor zehn Jahren. Folglich wird der Verkehr durch Kloten immer schlimmer. Der konstante Bevölkerungszuwachs führt zu einer Verdichtung in unseren Quartieren. Das hat zur Folge, dass immer mehr Autos in den Quartieren unterwegs sind. Auf den Strassen in den Quartieren, wo Kinder spielen und Bewohner spazieren gehen. Ich bemerke das besonders stark im Buchhaldenquartier. Mit*

jedem Neubau kommen zusätzliche Autos in das Quartier. Das Buchhaldenquartier nördlich von der Dietlikerstrasse verfügt über viele Bauten aus den 70er, 80er und 90er Jahren. Das sind Gebäude, die noch zahlbare Mieten haben. Wir haben in diesen Gebäuden nicht nur junge Familien und fast keine Expats. Wir haben auch immer mehr ältere Mitbewohner, die vielleicht nicht mehr so gut zu Fuss sind und nicht mehr zum Bahnhof laufen können oder vom Posten wieder nach Hause. Und der Weg zu der Bushaltestelle ist für so Menschen mit eingeschränkter Mobilität einfach zu weit. Da das Quartier über die Hauptstrasse, Dietlikerstrasse, mit dem öffentlichen Verkehr nicht so gut erschlossen ist, verstehe ich auch, dass Bewohner vom Quartier mit dem Auto einkaufen gehen. Durch das Quartier führt bereits eine Strasse. Somit könnte der Bus, anstelle am Kehrplatz zu Wenden, durch das Quartier wieder zurück zum Bahnhof Kloten fahren. Somit würde der gesamte nördliche Teil der Dietlikerstrasse besser mit dem öffentlichen Verkehr erschlossen werden. Das Auto ist und bleibt ein wichtiges Fortbewegungsmittel für die Unabhängigkeit der Bevölkerung. Trotzdem sollten wir eine Anbindung an den ÖV prüfen. Sollte diese Prüfung positiv ausfallen, erhoffen wir uns durch die Anpassung, dass die Mitbewohner aus dem Quartier öfters einmal den Bus brauchen, um zu posten. Und somit könnten wir die Quartierstrasse vom Verkehr ein bisschen entlasten. Darum unsere Fragen an den Stadtrat. Wie sieht die Auslastung aus von diesen Buslinien 731 und 736 im Vergleich zu anderen Quartieren? Wie viele zusätzliche Anwohner werden aufgrund der Verdichtung im Buchhaldenquartier erwartet? Ist es möglich, Buslinien über Hagenholz, Rüttling und Hammelireinstrasse zurück zum Bahnhof zu führen? Würde die Buslinienführung zu einer besseren Erschliessung des Buchhaldequartiers führen? Und was wären die Kosten von so einer Buslinie? Vielen Dank für die Aufmerksamkeit und danke an den Stadtrat für die Beantwortung unserer Fragen.

Ratspräsident, Reto Schindler: (Anfrage aus dem Rat) Das ist richtig so. Wir haben auch das Mikrofon für das aufgestellt. Möchtest du, Peter Nabholz, eine Zwischenfrage stellen?

FDP-Fraktion, Peter Nabholz: Vielen Dank, Claudio, für die Fragen. Was bringen deine Fragen an Mehrwert, wenn in der Beantwortung vom Stadtrat in der Petition Quartier Buchhalden vom 4. März erstens eine Verkehrsstudie bereits in Auftrag gegeben worden ist und zusätzlich mit dem VPG aufgenommen worden ist, um die Anpassung der Buslinien in Kloten zu prüfen und auch in Buchhalden in Kenntnis davon, dass die Anpassung von Busslinie sowieso auf kantonaler Stufe beim ZVV entschieden wird.

Ratspräsident, Reto Schindler: Claudio Wäger, willst du diese Frage beantworten?

SVP-Fraktion, Claudio Wäger: Das ist ein Anliegen, das ich sehe. Und ich denke... Ich weiss nicht, wird das in Betracht gezogen, dass man den Bus dort oben runterzieht? Ich möchte das dem Stadtrat übergeben, dass man das auch prüft, ob man den Bus durch das Quartier führen kann.

Ratspräsident, Reto Schindler: Ist die Frage so beantwortet für dich, Peter Nabholz?

FDP-Fraktion, Peter Nabholz: Ist okay, danke.

Ratspräsident, Reto Schindler: Gut, danke vielmals an beide. In dem Fall die Frage an Roger Isler, zuständiger Stadtrat, ob der Stadtrat sofort Auskunft erteilt oder an einer der nächsten Sitzungen, das heisst schriftlich innerhalb von drei Monaten.

Stadtrat, Roger Isler: Ja, geehrter Ratspräsident und liebe Gemeinderäte, Gemeinderätinnen, der Stadtrat nimmt das natürlich so entgegen und wird das fristgerecht schriftlich und wahrscheinlich noch etwas detaillierter beantworten.

Ratspräsident, Reto Schindler: Danke vielmals, Roger Isler. Gibt es einen Antrag auf Diskussion im Gemeinderat? Brian Dieng, GLP.

GLP-Fraktion, Brian Dieng: Geschätzte Anwesende, ich möchte den Moment nutzen, um Claudio, aber auch der ganzen SVP-Kloten-Fraktion ein Kompliment zu machen. Ich finde es schön, dass ihr euch neuerdings für einen gut ausgebauten ÖV in Kloten stark macht. Das gefällt mir. Gerne mehr davon. Gerne würde ich

weiterhin oder neuerdings öfter mit euch in diesen Belangen am gleichen Strick ziehen. Besonders gefreut hat mich des Weiteren, dass du auch die Linie 736 erwähnt hast, weil die ist ja genau aufgrund von unserem oder unter anderem unserem Einsatz von der GLP errichtet worden, um das Buchhaldenquartier besser an den ÖV anzubinden. Darum, die Fragen, die du gestellt hast, finde ich, wie du, die dürfen wir stellen, um zu erfahren, was der Stadtrat dazu meint, wie das Sinn machen würde mit so einer anderen Linienführung. Ich bin gespannt auf die Beantwortung und würde mich gerne wieder äussern, wenn die Beantwortung vorliegt. Danke vielmals.

Ratspräsident, Reto Schindler: *Danke vielmals, Brian Dieng. Gibt es weitere Wortmeldungen aus dem Gemeinderat? Philip Graf, SP.*

SP-Fraktion, Philip Graf: Herr Präsident, geschätzte Anwesende, ich halte mich kurz. Die SP begrüsst grundsätzlich alle Vorstösse und Forderungen, die darauf abzielen, dass das Angebot vom ÖV gestärkt oder gar erweitert wird. Die Stärkung des ÖV ist zwingend notwendig, wenn wir den, wie in unserer Gesamtenergiestrategie angestrebten, Bimodalsplit von 60% bis 2030 erreichen wollen. Entsprechend haben wir auch bei diesem Vorstoss grundsätzlich nichts einzuwenden. Allerdings ist er aus unserer Sicht vielleicht ein Schnellschuss. So hätte man die Interpellation durchaus noch etwas allgemeiner formulieren können und den Vorstoss auf alle Lokalbusse und Quartiere, die sich in den kommenden Jahren verdichten werden, ausdehnen dürfen. Nichtsdestotrotz danke dir für deine Fragen, Claudio. Wir sind gespannt auf deine Antworten.

Ratspräsident, Reto Schindler: *Vielen Dank, Philipp Graf. Gibt es weitere Wortmeldungen aus dem Gemeinderat? So wie es aussieht, gibt es keine. Somit beantwortet der Stadtrat die Interpellation bis zur Gemeinderatssitzung vom 2. Dezember. Aber er sollte sie beantworten bis zum 18. November, wenn wir diese drei Monate anwenden. Danke vielmals.*

02.09.2025 Beschluss Nr. 127-2025 Vorlage; 2919; Elektromobilität, Erstellung von Elektroladeinfrastruktur auf öffentlichem Grund; Investitionskredit

6.6.3 Motorisierter Individualverkehr

Vorlage; 2919; Elektromobilität, Erstellung von Elektroladeinfrastruktur auf öffentlichem Grund; Investitionskredit

Ausgangslage

Die Elektromobilität wird für die Erreichung der Klimaziele im motorisierten Individualverkehr eine zentrale Rolle spielen. Der zukünftige Anteil von Elektroautos hängt stark von den CO₂-Emissionsvorschriften für neu in Verkehr gesetzte Fahrzeuge ab. Die Schweiz orientiert sich dabei an den Vorgaben der EU. Aktuell gilt in der EU und in der Schweiz ein Zielwert von 95 g CO₂/km für Personenwagen. Die EU-Kommission hat im Rahmen des Klimapakets "Fit for 55" eine deutliche Verschärfung der aktuell geltenden Emissionswerte für Personenwagen beschlossen. Demnach sollen neue Personenwagen und leichte Nutzfahrzeuge bis 2035 emissionsfrei werden. Bis 2030 sind die Emissionen bei Neuwagen um 55% und bei leichten Nutzfahrzeugen um 50% zu senken.

In der Stadt Kloten wurde in der Volksabstimmung vom 29. November 2020 der "Nachhaltigkeitsartikel" (Art. 1^{bis}) in der Gemeindeordnung der Stadt Kloten beschlossen, welcher per 1. Januar 2022 in Kraft getreten ist. Der Nachhaltigkeitsartikel bestimmt die Energie- und Umweltpolitik der Stadt Kloten wie folgt:

- Die Stadt Kloten setzt in der Energie- und Umweltpolitik auf ökologische, ökonomische und soziale Nachhaltigkeit.
- Der Stadtrat erarbeitet zusammen mit der Energiekommission eine Gesamtenergiestrategie. Diese umfasst etapierte Ziele zur Förderung der Energie- und Ressourceneffizienz sowie zur Reduktion des CO₂-Ausstosses.
- Zur Erreichung der etapierten Ziele und für die Umsetzung der entsprechenden Massnahmen beantragt der Stadtrat alle vier Jahre einen Rahmenkredit.

Im Sinne dieses Auftrags formulierte die Energiekommission eine Gesamtenergiestrategie, welche am 9. März 2021 vom Gemeinderat genehmigt wurde. Die Energiekommission hat für die langfristige Zielerreichung Massnahmenswerpunkte im Bereich Wärmeversorgung in Gebäude, erneuerbare Stromproduktion und der Mobilität formuliert. Für die Massnahmen in der Dekarbonisierung der Mobilität wurde im Rahmen des ordentlichen Budgets 2022 eine Studie zur Entwicklung der Personenwagen in Kloten durchgeführt.

Der Stadtrat Kloten hat bereits am 14. April 2020 im Beschluss 76-2020 festgehalten, dass der kommenden Elektrifizierung der Personenwagen Rechnung getragen werden soll. Am 11. Juli 2023 hat der Stadtrat zudem mit Beschluss 191-2023 auch dem Ausbau einer Schnelladestation durch den Anbieter Fastned bei der Ruebisbachhalle zugestimmt.

Entwicklung der Elektromobilität in Kloten

Im Hinblick der erwarteten Entwicklung der Elektromobilität wurde eine Bedarfsanalyse durch die Firma Ernst Basler und Partner (EBP) zur Ladeinfrastruktur in der Stadt Kloten erstellt. Gemäss Studie werden im Jahr 2030 voraussichtlich 23% der Personenwagen rein elektrisch betrieben und im Jahr 2050 erreicht dieser Anteil voraussichtlich 93%. Derzeit sind 5.6% der Personenwagen im Bestand in Kloten elektrisch betrieben. Die Abbildung 1 zeigt die erwartete Entwicklung des Bestands von Personenwagen nach Antriebstechnologie in Kloten. Plug-in Hybride spielen zwar mittelfristig noch eine Rolle, Wasserstoff-Brennstoffzellen werden aber nur marginale Marktanteil bei Personenwagen erreichen.

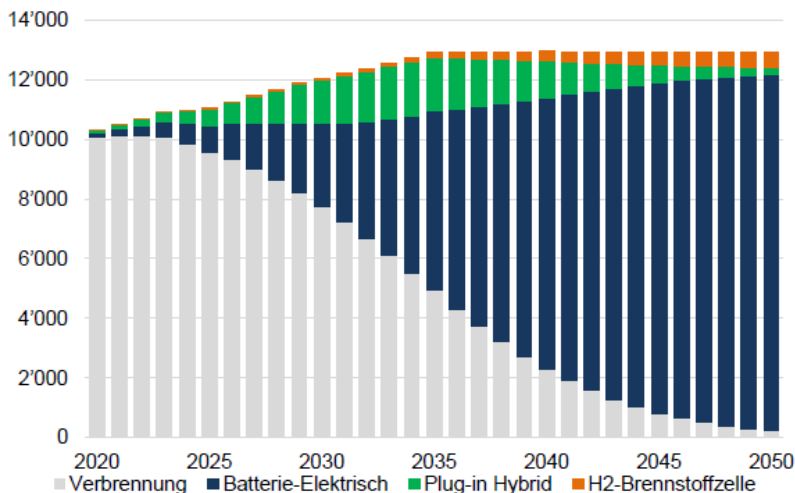


Abbildung 1: Entwicklung der Antriebstechnologie bei Personenwagen

Mit der Studie wurde auf Basis der Entwicklung der Zulassungen von Elektrofahrzeuge in den nächsten Jahren auch der entsprechende Ladebedarf an Ladestationen abgeleitet. Es kann dabei davon ausgegangen werden, dass eine Mehrheit der Lademöglichkeiten durch private Heimpladestationen abgedeckt werden können. Es wird auch erwartet, dass ein Teil der benötigten Ladeinfrastruktur durch Arbeitgeber am Arbeitsplatz (Work), an sogenannten Points of Interest (POI), z.B. beim Einkauf, und durch Ladesäulen im Quartier (Home oG) sowie Schnellladestationen (Fast) abgedeckt werden müssen (s. Abbildung 2).

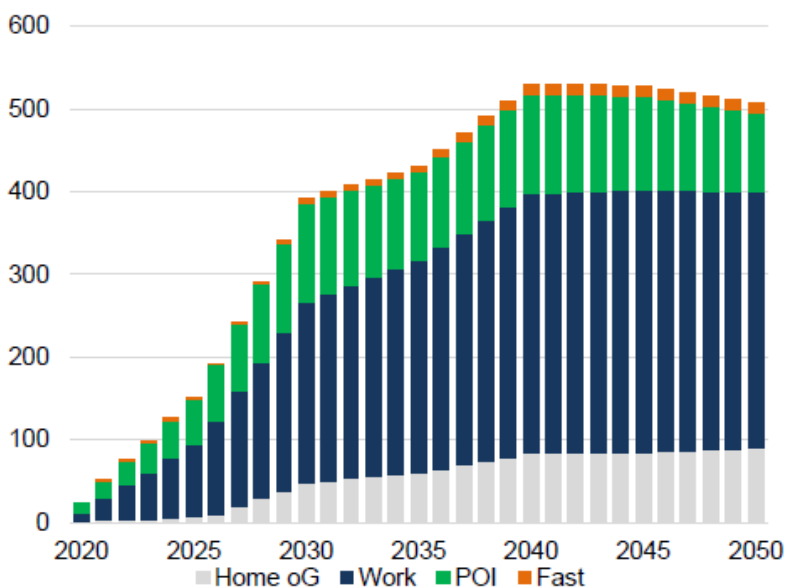


Abbildung 2: Entwicklung des Bedarfs an Ladestationen bei öffentlich zugänglicher Ladeinfrastruktur. Eine Ladestation bedient zwei Parkplätze: Arbeitsplatz (Work), Points of Interest (POI), im Quartier (Home oG), Schnellladestationen (Fast)

Die Studie prognostiziert für Kloten, dass bis 2050 ein Bedarf von zwölf Schnellladestationen und knapp 180 öffentlich zugängliche Ladestationen, wobei etwas weniger als die Hälfte Ladestationen auf öffentlichem Grund und der Rest an sogenannten Point of Interest (Restaurants, Einkaufsmöglichkeiten, Flughafen Zürich) entstehen sollten.

Bedarf an Ladeinfrastruktur im Quartier für die nächsten 10 Jahre

Bis 2035 werden laut Studie von EPB ca. 60 Ladestationen im Quartier benötigt. Dabei werden pro Ladestation zwei Ladepunkte zur Verfügung gestellt, was also ca. 120 Ladepunkte entsprechen würde.

Ladepunkte	2025	2035	2045
Privat Zuhause	850	3971	5654
Öffentlich im Wohnquartier	20	120	168
Ladestationen von Firmen für Pendler und Flottenfahrzeuge	174	512	636
Öffentlich von Firmen bei Restaurants, Einkauf, etc.	108	216	228
Schnellladetankstellen	4	12	24

Tabelle 1: Bedarf an Ladeinfrastruktur bis 2035 nach Kategorie, eine öffentlich zugängliche Ladestation entspricht üblicherweise zwei Ladepunkten. Pro Ladepunkt wird ein Parkplatz benötigt.

Gegenwärtig bestehen in Kloten an sogenannten Point of Interest, also öffentlich zugänglich bei Firmen, Restaurants, etc. neun Standorte mit 64 Ladestationen, zwei Standorte mit sechs Ladepunkten im Steinacker für das Laden am Arbeitsplatz, zwei Standorte mit neun öffentlichen Schnellladepunkten am Flughafen Zürich und ein Ladepunkt beim Lidl, jedoch noch keine Stationen welche explizit für das Laden im Quartier ausgerichtet sind (Abbildung 3). Der Bedarf an Ladeinfrastruktur ist somit für die Point of Interest gut abgedeckt nicht jedoch für das Laden im Quartier.

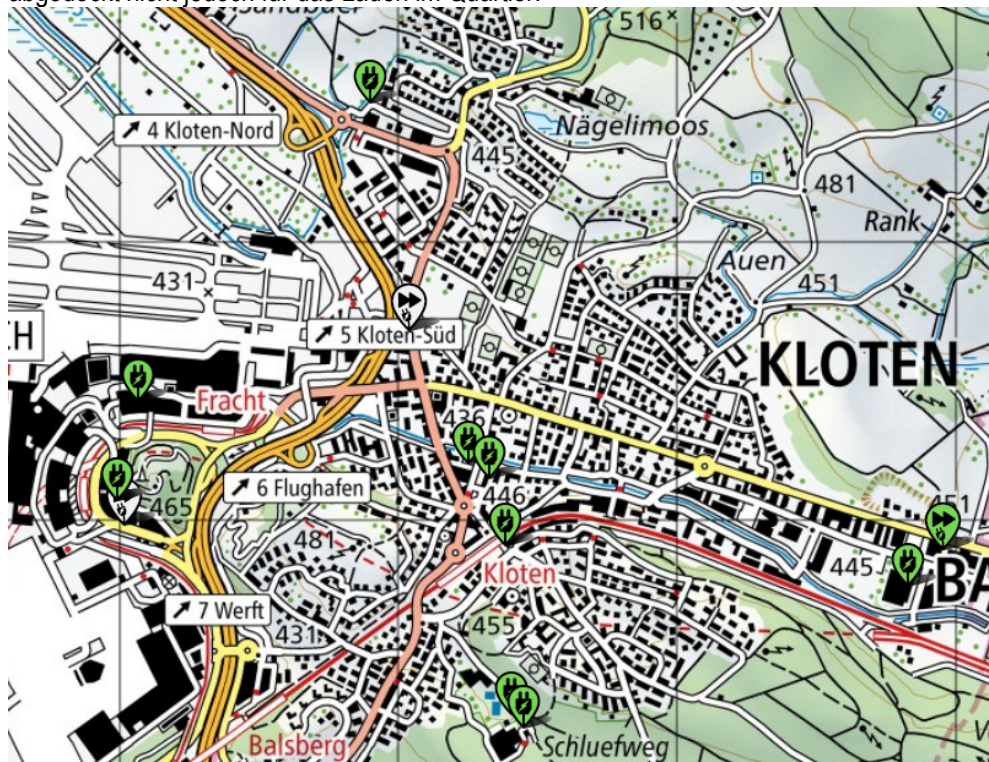


Abbildung 3: Standorte mit bestehender Ladeinfrastruktur in Kloten gemäss der aktuellen Karte der Ladepunkte für Elektroautos (Bundesamt für Energie BFE). In dieser Karte fehlt die Ladestation der ibk AG beim Schluefweg.

Ausbau an öffentlicher Ladeinfrastruktur

Der Stadtrat Kloten hat bereits am 14. April 2020 im Beschluss 76-2020 festgehalten, dass der kommenden Elektrifizierung der Personenwagen Rechnung getragen werden soll und hat deshalb den Ausbau der Infrastruktur für die Elektromobilität auf öffentlichen Flächen begrüsst. In diesem Sinne wurden zwischenzeitlich beim Parkplatz Breitstrasse, an der Ruebisbachhalle und beim Schluefweg sogenannte AC-Ladestationen auf öffentlichem Grund in Zusammenarbeit mit privaten Anbietern erstellt.

AC steht dabei für „Wechselstrom“ (engl. *Alternating Current*). Solche Ladestationen bieten in der Regel Ladeleistungen zwischen 11 kW und 22 kW, was je nach Fahrzeugtyp eine mehrstündige Ladezeit bedeutet (zum Beispiel 4–8 Stunden bis zur Vollladung). DC bedeutet „Gleichstrom“ (engl. *Direct Current*), üblicherweise mit höheren Ladeleistungen ab 50 kW aufwärts. Dadurch können Fahrzeuge bei einer DC-Schnellladestation meist innert 1–2 Stunden oder sogar schneller aufgeladen werden.

Weitere öffentlich zugängliche Stationen auf Privatgrund wurden von Dritten, wie Flughafen Zürich (AC), Lidl (DC), in der Tiefgarage Marktgasse (AC) oder etwa von Betrieben im Steinacker (AC und DC) erstellt. Am 11. Juli 2023 hat der Stadtrat mit Beschluss 191-2023 auch dem Ausbau einer DC-Schnellladestation durch den Anbieter Fastned bei der Ruebisbachhalle zugestimmt.

Rolle der Stadt beim Ausbau öffentlicher Ladeinfrastruktur im Quartier

Diese Ladeinfrastruktur ist ein wichtiger Baustein für die Dekarbonisierung des Personenverkehrs. Nicht alle Einwohnenden in Kloten können auf eine eigene Ladestation im Eigenheim oder bei Mietwohnungen zurückgreifen. Einwohnende, welche ihre Fahrzeuge auf öffentlichem Grund parkieren, werden darauf angewiesen sein, auf eine genügend dichte und verfügbare lokale Ladeinfrastruktur zurückgreifen zu können.

Der Ausbau an öffentlicher Ladeinfrastruktur im Quartier wird jedoch ohne Unterstützung durch die Stadt Kloten nicht realisiert werden. Diverse Abklärungen mit verschiedenen Anbietern haben gezeigt, dass insbesondere die Investitionen in die Basisinfrastruktur (Netzanschluss, Tiefbau) solche Ladesäulen im Quartier zumindest kurz- und mittelfristig unrentabel machen. Hier kann die Stadt eine unterstützende Rolle einnehmen. Durch eine Vorfinanzierung kann die Stadt die nötige Basisinfrastruktur über einen längeren Zeitraum amortisieren, als dies den Anbietern von Ladeinfrastruktur möglich wäre.

Die Erstellung der Basisinfrastruktur durch die Stadt Kloten ist aus folgenden Gründen notwendig:

- Die Basisinfrastruktur, einschliesslich Netzanschluss und Tiefbau, erfordert hohe Anfangsinvestitionen, die sich erst über einen längeren Zeitraum amortisieren. Die Stadt kann diese Investitionen über einen längeren Zeitraum amortisieren als dies privaten Anbietern möglich ist.
- Durch die Bereitstellung der Basisinfrastruktur unterstützt die Stadt aktiv die Förderung der Elektromobilität und trägt zur Reduktion des CO₂-Ausstosses bei. Dies steht im Einklang mit der Gesamtenergiestrategie der Stadt Kloten.
- Durch die Kontrolle über die Basisinfrastruktur kann die Stadt sicherstellen, dass die Ladeinfrastruktur bedarfsgerecht und an strategisch wichtigen Standorten errichtet wird. Dies gewährleistet eine flächendeckende Versorgung und erhöht die Nutzerfreundlichkeit und erlaubt Einwohnenden ohne Ladeinfrastruktur mit privatem Parkplatz auf die e-Mobilität umzusteigen.

Investitionszeiträume für die Basisinfrastruktur von Ladesäulen

Für die Realisierung von Ladeinfrastruktur werden Ausbaustufen gemäss SIA 2060 differenziert. Für jede Ausbaustufe sind verschiedene Investitionszeiträume definiert. Sie hängen von der Lebensdauer der Bausubstanz ab und sind in Tabelle 2 zusammengefasst. Über eine Standortmiete (fix oder pro kWh verkauften Strom) kann die Basisinfrastruktur (A-C in Tabelle 2) nach Angaben einer Planerfolgsrechnung von EBP in

einem Zeitraum von ca. 20 Jahren amortisiert werden und die Anbieter der Ladeinfrastruktur von Investitionskosten entlasten.

Ausbaustufe	Investitionszeiträume	Lebensdauer
A	100 Jahre	Rohbau
B	50 Jahre	Starkstromanlagen und Leitungen
C	15-50 Jahre	Leitungen und Steckdosen
D	8-12 Jahre	Ladestation

Tabelle 2: Investitionszeiträume für die Ausbaustufe (nach SIA 2020).

Benötigte Ladeinfrastruktur im Quartier und Auswahl der Standorte

Um den Umfang einer solchen Vorleistung abzuschätzen wurde in einer Studie durch EBP der effektive Bedarf an Ladeinfrastruktur auf Quartierebene in Kloten bestimmt. Der Bedarf auf Quartierebene wurde durch die Analyse der erwarteten künftigen Verkehrsbewegungen unter Verwendung des nationalen Personenverkehrsmodell (NPVM 2017, Abbildung 4) erhoben. In der Energiekommission wurden mit den Erkenntnissen aus der Verkehrsmodellierung dann entsprechend mit den lokalen Kenntnissen potentielle künftige Standorte für Ladeinfrastruktur ausgeschieden.

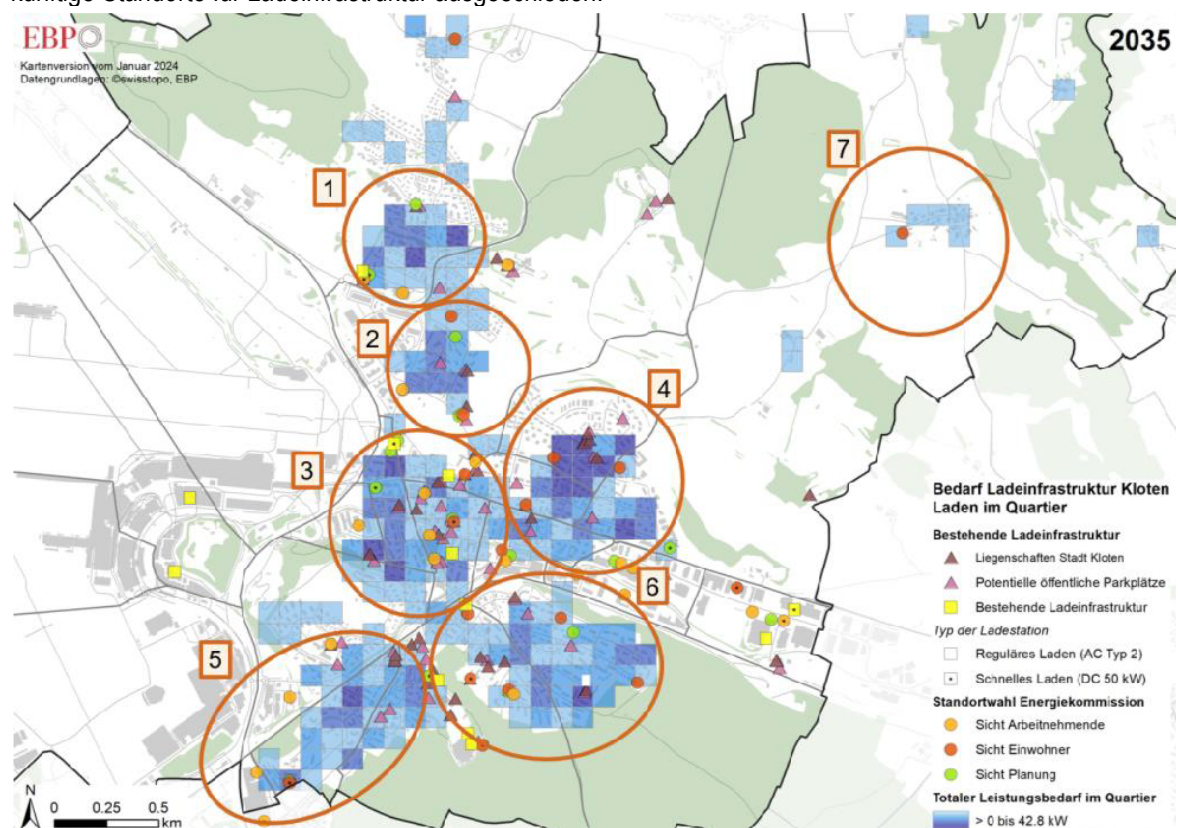


Abbildung 4: Bedarfsanalyse der Ladeinfrastruktur im Quartier, je dunkler die Farbe Blau, desto grösser der Bedarf.

Nach Festlegung der möglichen Quartierladepunkte durch die Energiekommission wurden diese Standorte durch eine verwaltungsinterne Projektgruppe, vertreten durch die Sicherheit, Liegenschaftenverwaltung, Schulverwaltung sowie Tiefbau und Unterhalt auf die Eignung als Ladepunkte auf Grund der bestehenden Nutzung der Parkplätze geprüft. Die Standorte aus der engen Auswahl wurden zudem auf die verfügbaren Anschlussleistungen an das Stromnetz und auf die Umsetzbarkeit und Kosten der nötigen Tiefbauarbeiten beurteilt.

Geeignete Standorte für Ladeinfrastruktur im Quartier

Nach diesem Auswahlprozess haben sich schliesslich von 2'150 öffentlichen Parkplätzen im Eigentum der Stadt Kloten noch deren 32 Parkplätze an sieben Standorten für die Erschliessung für eine öffentliche Ladeinfrastruktur als geeignet herausgestellt, an zwei Standorten können sechs Parkplätze neu geschaffen werden (Tabelle 3 und Abbildung 5). Mit diesen neuen Standorten können somit 38 Ladepunkte realisiert werden, was ca. 1/3 des Bedarfs bis 2035 abdeckt (Tabelle 1).

Bestehende Parkplätze	Standort	11kW AC	50 kW DC	Total Parkplätze
Fussballplatz Flurstrasse	Parkplatz Fussballplatz Flurstrasse	4		4
Hohrainli	Hohrainlistrasse 51-47	4		4
Stadtbibliothek	Kirchgasse 16	2	2	4
Schulhaus Spitz	Schulstrasse 25	2	2	4
Stighag	Parkplatz Stighag	4	4	8
Kindergarten Freienberg	Weinbergstrasse 7	2		2
Gerbegasse	Schaffhauserstrasse 136	4	2	6
Ausbau bestehende Parkplätze		22	10	32

Neue Parkplätze	Standort	11kW AC	50 kW DC	Total Parkplätze
Quartiertreff Hagenholzstrasse	Hagenholzstrasse 30		2	2
Pigna	Graswinkelstrasse 24-60	4		4
Ausbau neue Parkplätze		4	2	6

Ausbau Total		26	12	38
---------------------	--	-----------	-----------	-----------

Tabelle 3: Standortauswahl für den Ausbau von Ladeinfrastruktur auf öffentlichem Grund. Die Parkplätze bei der Pigna und beim ehemaligen Quartiertreff an der Hagenholzstrasse können neu geschaffen werden.



Abbildung 5: Künftiges Angebot an öffentlich zugänglicher Ladeinfrastruktur in Kloten. Grün: Bestehende Ladestandorte an Point of Interest, Blau: geplante Standorte im Quartier auf öffentlichem Grund.

Bewirtschaftung von Parkplätzen mit Ladeinfrastruktur

Ein Teil der geplanten Ladepunkte entsteht somit durch die Umwidmung bestehender Parkplätze. Dies kann gerade zu Beginn bei einigen Nutzenden auf Kritik stossen, insbesondere wenn diese Parkplätze bislang gut ausgelastet waren. Allerdings ist es für die Förderung der Elektromobilität und zur Erreichung der Klimaziele unabdingbar, einen Teil des Parkraums exklusiv für das Laden von Elektrofahrzeugen auszuweisen. Wegen der Konkurrenz um Parkierraum ist es umso wichtiger, dass Parkieren ohne Ladevorgang verhindert wird, damit die Ladestandorte effizient genutzt werden können.

Die gewählten Parkplätze werden deshalb auch künftig als solche bewirtschaftet, das heisst während des Ladens muss auch die Gebühr für das Parkieren (z.B. per Parkingpay) entrichtet werden, welche an dem jeweiligen Standort gilt. Das Nichtbezahlen der Parkgebühr wird wie bei jedem anderen Parkfeld gebüsst. Das Parkieren von fossilen Fahrzeugen oder Parkieren ohne Ladevorgang muss per Verfügung für jeden Standort verboten und entsprechend signalisiert werden. Es ist zwar möglich, ein Fahrzeug anzustecken, ohne vorgängig einen Ladevorgang zu starten. Ladesäulen zeigen hierbei jedoch an, ob ein Ladevorgang gestartet wurde oder nicht und kann so kontrolliert werden. Anbieter verhindern zudem das stehenbleiben nach Abschluss des Ladevorgangs, indem nach Ladeschluss ab einer bestimmten Zeitspanne ohne Strombezug sogenannte Blockiergebühren erhoben werden. Die Blockiergebühren fallen zusätzlich zu den Ladekosten an und steigen häufig mit der Dauer der Blockade. Beim Laden über Nacht (bei AC Ladestationen) werden nachts üblicherweise keine Blockiergebühren erhoben.

Kosten der Erschliessung mit Basisinfrastruktur

Die Kosten für den Ausbau der Basisinfrastruktur an den verschiedenen Standorten wurden einerseits durch EBP auf Basis von Erfahrungswerten geschätzt und andererseits wurden die erwarteten Kosten für die Erschliessung durch das Ingenieur Martinelli Lanfranchi inklusive Augenschein vor Ort erhoben. Die Kostenschätzung beinhalten Netzanschlusskosten, Elektroleitung, Kabel und Kabelzug, Belagsarbeiten, Fundamente für Säulen, technische Arbeiten, sowie verschiedenes wie Markierung, Gärtnerarbeiten und Unvorhergesehenes.

Die Gesamtkosten für die Erschliessung aller 38 Parkplätze belaufen sich auf Fr. 680'462.00 inkl. MWST. Nach Abzug der voraussichtlichen Förderung des Kantons in Höhe von Fr. 114'000.00 betragen die Nettokosten inkl. MWST Fr. 566'462.00. Die Kostenaufstellung für die einzelnen Standorte ist in Tabelle 4 aufgelistet.

Der Betrag ist im Budget 2025 und 2026 enthalten. Der Kredit ist im Rahmen einer einmaligen Ausgabe innerhalb des Budgets zu bewilligen und liegt damit in der Kompetenz des Gemeinderates.

Name	Ausbaukosten
Fussballplatz Flurstrasse	Fr. 48'200.00
Hohrainli	Fr. 47'900.00
Stadtbibliothek Kirchgasse	Fr. 42'750.00
Schulhaus Spitz	Fr. 102'500.00
Fussballplatz Stighag	Fr. 118'000.00
Kindergarten Freienberg	Fr. 57'500.00
Gerbegasse	Fr. 39'575.00
Quartiertreff Hagenholzstrasse	Fr. 57'150.00
Pigna	Fr. 115'900.00
Summe	Fr. 629'475.00
Total inkl. MWST	Fr. 680'462.00

Förderung Kanton 3000.- / PP Fr. 114'000.00

Total exkl. MWST Fr. 566'462.00

Tabelle 4: Kostenaufstellung der Erschliessung der geplanten Ladestandorte mit Basisinfrastruktur.

In der Investitionsrechnung sind 2025 Fr. 300'000.00 für den Ausbau von Ladestationen unter Konto 620.5060.032 enthalten. Im Finanzplan 2025 sind 2026 nochmals Fr. 400'000.00 eingestellt worden.

Submission einer Konzession zum Betrieb öffentlicher Ladeinfrastruktur

Die Stadt Kloten wird selbst keine Ladeinfrastruktur betreiben, dies sollen Dritte übernehmen. Da die ibk AG ebenfalls keine Ladeinfrastruktur betreiben will, soll eine Konzession für die Realisierung und den Betrieb der öffentlichen Ladeinfrastruktur (an den in aufgelisteten Standorten) durch ein Ausschreibungsverfahren vergeben werden. Die Submission wird durch die Firma EBP begleitet, die entsprechenden Submissionsunterlagen mit Zuschlags- und Eignungskriterien sind durch EBP erstellt worden. Anstelle einer fixen Miete pro Parkplatz mit Ladepunkt soll als Zuschlagskriterium eine Konzessionsgebühr pro bezogene kWh erhoben werden. Mit einer Konzessionsgebühr in Abhängigkeit des verkauften Stroms profitiert die Stadt vom wachsenden Ladegeschäft. Gleichzeitig bietet es den Anbietern ein wirtschaftliches Betreiben ihrer Elektroladeinfrastruktur, insbesondere in der Anfangsphase.

Bestehende Parkplätze	Standort	11kW AC	50 kW DC	Total Parkplätze
Fussballplatz Flurstrasse	Parkplatz Fussballplatz Flurstrasse	4		4
Hohrainli	Hohrainlistrasse 51-47	4		4
Stadtbibliothek	Kirchgasse 16	2	2	4
Schulhaus Spitz	Schulstrasse 25	2	2	4
Stighag	Parkplatz Stighag	4	4	8
Kindergarten Freienberg	Weinbergstrasse 7	2		2
Gerbegasse	Schaffhauserstrasse 136	4	2	6
Ausbau bestehende Parkplätze		22	10	32

Neue Parkplätze	Standort	11kW AC	50 kW DC	Total Parkplätze
Quartiertreff Hagenholzstrasse	Hagenholzstrasse 30		2	2
Pigna	Graswinkelstrasse 24-60	4		4
Ausbau neue Parkplätze		4	2	6

Ausbau Total		26	12	38
---------------------	--	-----------	-----------	-----------

Die Zuschlagskriterien umfassen:

- Konzessionszuschlag (35%): Die Höhe der Konzessionsgebühr pro vom Endkunden bezogene kWh in Rp/kWh exkl. MWST. wird bewertet. Die höchste Konzessionsgebühr erhält die maximale Punktzahl.
- Nutzerfreundlichkeit (30%), davon:
 - Endkundentarif (20%): Die Differenz zwischen dem maximalen Endkundentarif und dem Referenzstrompreis wird bewertet. Ein niedrigerer Endkundentarif erhält eine höhere Punktzahl.

- Preistransparenz (5%): Die Transparenz der Preisgestaltung wird bewertet.
- Alternative Zahlungsmöglichkeiten (5%): Die Vielfalt und Benutzerfreundlichkeit der angebotenen Zahlungsmethoden werden bewertet.
- Konzept (35%), davon:
 - Auftragsanalyse (15%): Die Qualität und Detailliertheit der Auftragsanalyse werden bewertet.
 - Offert-Präsentation (15%): Die Qualität der Präsentation und die Beantwortung der Fragen während der Präsentation werden bewertet.
 - Serviceleistung (5%): Die garantierte Reaktionszeit bei Störungen wird bewertet. Kürzere Reaktionszeiten erhalten höhere Punktzahlen.

Die Ausschreibung erfolgt im offenen Verfahren und unterliegt den Bestimmungen des Gesetzes des Kantons Zürich über den Beitritt zur Interkantonalen Vereinbarung über das öffentliche Beschaffungswesen (BeiG IVöB) sowie der Submissionsverordnung des Kantons Zürich (SVO). Die Bewertung erfolgt anhand einer Punkteskala, wobei die maximale Punktzahl für jedes Kriterium 5 Punkte beträgt. Die Gesamtpunktzahl ergibt sich aus der Multiplikation der Note mit der Gewichtung des jeweiligen Kriteriums. Das Angebot mit der höchsten Gesamtpunktzahl erhält den Zuschlag.

Voraussetzung für die Erteilung einer Konzession ist, dass das beste Angebot auch eine Amortisation der Basisinfrastruktur innert 20 Jahren erlaubt, dies wird die Firma EBP mit einer Planerfolgsrechnung prüfen. Die Konzession für den Betrieb der Ladeinfrastruktur soll für 15 Jahre vergeben werden.

Fazit

Die Energiekommission empfiehlt dem Stadtrat die Erschliessung der oben genannten Parkplätze mit Basisinfrastruktur und die Submission einer Konzession für den Betrieb öffentlicher Ladeinfrastruktur. Die Errichtung öffentlicher Ladeinfrastruktur in Kloten ist ein bedeutender Schritt in Richtung einer nachhaltigen und klimaverträglichen Mobilität und hat mehrere positive Auswirkungen:

- Netto-Null-Ziele:
 - Die Förderung der Elektromobilität durch den Ausbau der Ladeinfrastruktur trägt wesentlich zur Reduktion des CO₂-Ausstosses bei. Dies ist ein wichtiger Beitrag zur Erreichung der Netto-Null-Ziele der Stadt Kloten, da Elektrofahrzeuge im Vergleich zu Verbrennerfahrzeugen deutlich weniger CO₂-Emissionen verursachen.
- Energiestrategie der Stadt Kloten:
 - Der Beschluss steht im Einklang mit der Gesamtenergiestrategie der Stadt Kloten, die auf ökologische, ökonomische und soziale Nachhaltigkeit setzt. Durch die Bereitstellung der notwendigen Infrastruktur wird die Nutzung erneuerbarer Energien gefördert und die Energieeffizienz gesteigert. Dies unterstützt die langfristigen Ziele der Stadt zur Reduktion des Energieverbrauchs und der Treibhausgasemissionen.
- Steigender Bedarf an Ladeinfrastruktur:
 - Die erwartete Zunahme an Elektrofahrzeugen in den kommenden Jahren erfordert eine entsprechende Ladeinfrastruktur. Der Beschluss berücksichtigt diese Entwicklung und stellt sicher, dass die Stadt Kloten auf den steigenden Bedarf vorbereitet ist. Die Bereitstellung öffentlichen Ladepunkten an strategisch wichtigen Standorten deckt den kurz- und mittelfristigen Bedarf an Ladeinfrastruktur in den Quartieren von Kloten. Dies wird nicht nur die Attraktivität der Elektromobilität erhöhen, sondern auch die Lebensqualität der Einwohnenden und die Attraktivität der Stadt Kloten verbessern.
- Umwidmung von Parkplätzen für die Ladeinfrastruktur

- Der grössere Teil der geplanten Ladepunkte entsteht durch die Umwidmung bestehender, teils stark beanspruchter Parkplätze. Dies kann gerade zu Beginn bei einigen Nutzenden auf Kritik stossen. Allerdings ist es für die Förderung der Elektromobilität und zur Erreichung der Klimaziele unabdingbar, einen Teil des knappen Parkraums für Elektrofahrzeuge auszuweisen. Die korrekte Nutzung dieser Standorte muss deshalb klar geregelt und kontrolliert werden.

Insgesamt ist der Ausbau öffentlicher Ladeinfrastruktur ein wichtiger Meilenstein auf dem Weg zu einer nachhaltigen und zukunftsfähigen Mobilität in Kloten. Er zeigt das Engagement der Stadt für den Klimaschutz und die Förderung erneuerbarer Energien und setzt ein starkes Zeichen für die Umsetzung der Netto-Null-Ziele.

Beschluss Stadtrat:

1. Der Stadtrat stimmt der Errichtung öffentlicher Ladeinfrastruktur an den oben genannten Standorten und der Vorfinanzierung der Basisinfrastruktur im Grundsatz zu.
2. Zum Betrieb der öffentlichen Ladeinfrastruktur an den oben genannten Standorten soll eine Konzession in einer Submission im offenen Verfahren, mit den oben genannten Kriterien, vergeben werden.
3. Für die Erschliessung der oben genannten Standorte mit Basisinfrastruktur beantragt der Stadtrat dem Gemeinderat im Sinne von Art. 16 Abs. 1 lit. f GO einen (Brutto-)Kredit in der Höhe von Fr. 680'462.00 inkl. MWST zu Lasten des Investitionskonto 620.5060.032 zu genehmigen.
4. Die vom Kanton Zürich erhältlichen Beiträge sind separat einzufordern.

Antrag Stadtrat:

Der Stadtrat beantragt dem Gemeinderat folgenden Beschluss:

1. Für die Erschliessung der oben genannten Standorte mit Basisinfrastruktur wird ein (Brutto-)Kredit in der Höhe von Fr. 680'462.00 inkl. MWST zu Lasten des Investitionskonto 620.5060.032 genehmigt.

Beschluss:

1. Für die Erschliessung der oben genannten Standorte mit Basisinfrastruktur wird einstimmig ein (Brutto-)Kredit in der Höhe von Fr. 680'462.00 inkl. MWST zu Lasten des Investitionskonto 620.5060.032 genehmigt.

Wortmeldungen

Ratspräsident, Reto Schindler: Wir kommen zum nächsten Geschäft der Vorlage 2919 Elektromobilität; Erstellung von Elektro-Ladeninfrastruktur auf öffentlichem Grund; Investitionskredit. Mit dem Stadtratsbeschluss 145-2025 vom 6. Mai 2025 wurde diese Vorlage an den Gemeinderat überwiesen. Wir kommen zum Ablauf. Zuerst gibt es die Wortmeldung aus der GRPK vom Referent Marco Brunner, dann weitere Wortmeldungen aus der GRPK, Wortmeldungen aus dem Stadtrat und Wortmeldungen aus dem Rat. Marco Brunner, GRPK, ich bitte dich um Stellungnahme.

Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission GRPK, Marco Brunner: Geschätzter Herr Präsident, geschätzte Gäste auf dem Stadtplatz, werte Kolleginnen und Kollegen, werter Stadtrat. Die Elektromobilität nimmt rasant aber deutlich zu und ist ein zentrales Element, um Klimaziele im motorisierten Individualverkehr zu erreichen. Der heutige EU- bzw. Schweizer Zielwert für Neuwagen liegt bei 95 Gramm CO₂ pro Kilometer.

Bis 2030 müssen die Emissionen bei Personenwagen um 55% und bei leichten Nutzfahrzeugen um 50% reduziert werden. Ab 2035 sollen neue Fahrzeuge in der EU und damit auch in der Schweiz emissionsfrei sein. Auch Kloten hat sich klar positioniert. Mit der Volksabstimmung vom 2020 ist der Nachhaltigkeitsartikel in die Gemeindeordnung aufgenommen worden. Seither verpflichtet sich die Stadt in Energie- und Umweltpolitik konsequent auf ökologische, ökonomische und soziale Nachhaltigkeit zu setzen. Die Analyse der Firma ERP macht einen Handlungsbedarf deutlich. Heute sind rund 5,6% der Fahrzeuge in Kloten elektrisch betrieben. Bis 2030 steigt der Anteil voraussichtlich auf 23% und bis 2050 gar auf 93%. Daraus ergibt sich ein Bedarf von rund 60 Quartier-Ladestationen bis 2035. Jede Station bietet zwei Ladepunkte, sodass insgesamt 120 Ladepunkte benötigt werden. Während es in Kloten bereits neun Standorte mit 64 Ladestationen bei Firmen und Restaurants sowie einige Schnellladepunkte am Flughafen gibt, fehlt es bis heute an Ladestationen, die explizit in den Quartieren für die Bevölkerung zur Verfügung stehen. Genau da liegt die Versorgungslücke, die mit diesem Geschäft geschlossen werden soll. Der Stadtrat schlägt vor, an neun Standorten in Kloten insgesamt 38 Ladepunkte zu realisieren. Dabei handelt es sich um 26 AC-Ladepunkte mit 11 Kilowattleistung und 12 DC-Schnellladepunkte mit jeweils 50 Kilowattleistung. Zu den Standorten zählen unter anderem der Parkplatz beim Fussballplatz Stighag, das Hohrainliquartier, die Stadtbibliothek im Schulhaus Spitz, im Kindergarten Freiberg, Gerbergass, Quartiertreff Hagenholzstrasse sowie bei der Pignia. Ein Teil der Ladepunkte entsteht durch die Umwidmung bestehender Parkplätze. An zwei Standorten werden zudem sechs neue geschaffen. Die Gesamtkosten für dieses Projekt belaufen sich auf 680'462 Franken. Nach Abzug von möglichen kantonalen Fördergeldern von rund 114'000 Franken verbleiben Netto-Kosten von 566'462 Franken. Der Kredit ist als einmalige Investition in den Budgets von 2025 sowie 2026 vorgesehen. Die Stadt Kloten wird Basisinfrastruktur erstellen, das heisst Netzanschluss, Tiefbau und weitere Vorleistungen, den eigentlichen Betrieb der Ladestationen jedoch nicht. Der Betrieb wird im Rahmen einer Konzession für 15 Jahre an Dritte vergeben. Die Vergabe erfolgt im öffentlichen Verfahren und berücksichtigt Kriterien wie die Höhe der Konzessionsgebühr pro verkaufte Kilowattstunde, Nutzerfreundlichkeit vom Angebot sowie die Qualität der eingegangenen Konzepte und Serviceleistungen. Begleitet wird die Submission durch die Firma EBP. Auf diese Weise wird sichergestellt, dass die Infrastruktur professionell betrieben wird, Tarife für die Endkundinnen und Endkunden fair bleiben und die Stadt langfristig von einem wachsenden Ladegeschäft profitiert. Es ist auch ein konkreter Beitrag zur Erreichung des Netto-Null-Ziels und der Reduktion von CO₂-Emissionen. Es ermöglicht insbesondere den Einwohnerinnen und Einwohnern ohne private Lademöglichkeit den Umstieg auf die Elektromobilität. Es erlaubt der Stadt, die Standorte strategisch zu steuern und so eine flächendeckende und bedarfsgerechte Versorgung sicherzustellen. Und es steigert die Aktivität und die Zukunftsfähigkeit von Kloten als Wohn- und Wirtschaftsstandort. Die GRPK hat das Geschäft eingehend geprüft und ist überzeugt, dass es sich um eine notwendige und zukunftsweisende Investition handelt. Wir empfehlen dem Gemeinderat einstimmig dem beantragten Investitionskredit von 680'462 Franken zustimmen. Besten Dank.

Ratspräsident, Reto Schindler: Danke vielmals, Marco Brunner, für die Wortmeldung aus der GRPK. Gibt es weitere Wortmeldungen aus der GRPK? Das scheint nicht der Fall zu sein. Ich bitte dich, Roger Isler, um die Wortmeldung vom Stadtrat. Oder gibt es keine? Nein.

Stadtrat Roger Isler: Ja, das ist immer ein bisschen schwierig, wenn man noch nicht weiss, was dann der Rat tatsächlich daraus heraus jetzt dann debattiert. Aber ich danke nochmal grundsätzlich den Mitgliedern der Energiekommission für die ausgewogene Vorlage, die wir da erarbeitet haben und dem Gesamtgemeinderat jetzt vorgelegt haben. Natürlich auch den Fraktionen, dass sie eben das genau studiert haben und abgewogen haben, dass man da eine gute und effiziente Entwicklung zugunsten von Kloten machen kann. Ich bin der Überzeugung, so fördert man nachhaltige Entwicklung, die ökologisch und wirtschaftlich tragbar ist. Ich würde mich also freuen, oder ich freue mich natürlich ausserordentlich, wenn der Rat dem Kredit zustimmt.

Ratspräsident, Reto Schindler: Danke vielmals, Roger Isler. Gibt es Wortmeldungen aus dem Rat? Diana Diaz, Grüne.

Grüne-Fraktion, Diana Diaz: Sehr geehrte Ratsleitung, geschätzte Anwesende, die Einstimmigkeit in der GRPK zeigt, wir sind uns einig. Kloten braucht eine öffentliche Ladeinfrastruktur, wenn die Elektromobilität ihren Beitrag zur Erreichung der Klimaziele leisten soll. Dieser Schritt ist notwendig und darum unterstützen wir Grünen natürlich diese Vorlage. Gleichzeitig möchten wir aber auch betonen, dass eine echte Mobilitätswende mehr braucht. Ladeinfrastruktur ist ein wichtiger Baustein für nachhaltige und klimaverträgliche Mobilität. Aber wir müssen auch Alternativen zum motorisierten Individualverkehr stärken. Denn Mobilitätswende heisst nicht nur, alle Verbrenner auf Elektroautos umrüsten, sondern auch Alternativen fördern. Konkret müssen wir den öffentlichen Verkehr attraktiv halten, sichere Velorouten konsequent fördern und Strassenräume auch für den Fussverkehr attraktiv halten. Nur so können wir unsere Netto-Null-Ziele erreichen und gleichzeitig die Lebensqualität in der Stadt erhöhen. Danke für die Aufmerksamkeit.

Ratspräsident, Reto Schindler: Danke vielmals Diana Dias. Gibt es weitere Wortmeldungen? Willi Bühler, FDP.

FDP-Fraktion, Willi Bühler: Geschätzter Ratspräsident, geschätzte Stadträte, Gemeinderäte, Presse, Klotenerinnen und Klotener. Heute stimmen wir über ein Projekt ab, das in der Stadt ein starkes Zeichen setzen wird. Es geht um einen Investitionskredit gemäss Vorlage 2919; Elektromobilität; Erstellung von Elektroinfrastruktur auf öffentlichem Grund. Mit Beschluss vom 6. Mai 2025 stimmte der Stadtrat der Vorlage von der Errichtung öffentlicher Ladeinfrastruktur an diversen Standorten in der Stadt Kloten und der Vorfinanzierung der Basisinfrastruktur im Grundsatz zu. Elektromobilität wird für die Erreichung der Klimaziele im motorisierten Individualverkehr zukünftig eine zentrale Rolle spielen. Entscheidend sind die CO₂-Emissionsvorschriften. In der städtischen Volksabstimmung vom 29. November 2020 wurde der Nachhaltigkeitsartikel in der Gemeindeordnung der Stadt Kloten beschlossen, der am 1. Januar 2022 in Kraft getreten ist. Der bestimmt die Energie- und Umweltpolitik von der Stadt Kloten unter anderem wie folgt: Der Stadtrat erarbeitet zusammen mit der Energiekommission eine Gesamtenergiestrategie mit dem Ziel zur Förderung der Energie- und Ressourceneffizienz sowie zur Reduktion von CO₂-Ausstoss. Die Energiestrategie ist erarbeitet worden mit dem Ziel, dass bis 2030 rund 23% und bis 2050 rund 93% der Personenwagen in der Stadt Kloten elektrisch unterwegs sein können. Da jedoch nicht alle Einwohner, wie wir schon gehört haben, in Kloten auf eigene Ladestationen zurückgreifen, die ein Eigenheim haben oder auch bei Mietwohnungen, hat die Stadt Kloten entschieden, eine Rolle als Vorinvestor beim Ausbau von öffentlichen Ladeinfrastrukturen in den Quartieren zu übernehmen. Es ist uns bewusst, dass Parkplätze wegfallen und das könnte natürlich für Kritik sorgen. Ja, es kann sein, aber sehen wir es mal so, es ist eine Umwidmung und die ist einfach notwendig, um allen Einwohnern den Zugang zur Elektromobilität zu ermöglichen. Solidarisch gegenüber allen Einwohnern. In der Vorlage ist noch von rund 680'000 Franken Investitionskosten die Rede. Abzüglich, wie wir schon gehört haben, Kantonsbeiträge von 114'000 Franken, verbleiben rund 566'000 Franken Investitionskosten. Somit sind die Kosten überschaubar, klar budgetiert und können durch Konzessionsgebühren längerfristig refinanziert werden. Also kein Fass ohne Boden. Was auch sehr lobenswert ist, dass die Stadt die Anlage der Elektroinfrastruktur nicht selber betreiben will, sondern durch Konzessionsvergaben den Wettbewerb spielen lässt. Das entspricht klar der liberalen Haltung. Rahmenbedingungen schaffen, nicht selber am Markt mitspielen. Die Vorlage sieht vor, dass nur 38 Ladepunkte realisiert werden, ein Drittel vom Bedarf bis 2035. Auch das finden wir einen massvollen realistischen Einstieg und es ist kein ideologischer Schnellschuss. Für uns als FDP ist zentral, dass die Stadt die Basis schafft für den privaten Anbieter. Die Investitionen sind klar beziffert, die Kosten sind dank der Kantonsbeiträge reduziert und durch Konzessionsgebühr refinanziert. So entsteht eine sozialverträglich nachhaltig finanzierbare Lösung. Und genau das, was wir als Liberale eigentlich auch immer fordern. Darum begrüsst die Fraktion der FDP die Vorlage und unterstützt diese Einstimmung, denn die Werte wie

Nachhaltigkeit, sozialverträglich, finanzier- und berechenbar sind uns sehr wichtig und in dieser Vorlage enthalten. Denn Sie unterstreichen eine von unseren politischen Umweltausrichtungen der FDP. Wir sind für Energiesparen. Danke vielmals für die Aufmerksamkeit.

Ratspräsident, Reto Schindler: Danke vielmals, Willi Bühler. Gibt es weitere Wortmeldungen? Roman Walt, GLP.

GLP-Fraktion, Roman Walt: Ich mache es mal anders, vielleicht funktioniert es jetzt so. Geschätzte Ratsleitung, liebe Anwesende, wir haben es jetzt schon mehrfach gehört und auch der GRPK-Sprecher hat es erwähnt: Der Elektromobilität gehört die Zukunft und leider können noch nicht alle Klotenerinnen und Klotener so davon profitieren, wie sie es sollten. Noch gibt es, wir haben es auch gehört, zu wenige Möglichkeiten in Kloten, ihre Fahrzeuge zu laden. Entsprechend haben Stadtrat und Energiekommission jetzt den ersten Grundstein gelegt für eine bessere öffentliche Ladeinfrastruktur. Das ist ganz sicher zu begrüßen. Aus Sicht der GLP wäre es vielleicht noch sinnvoll gewesen, bereits jetzt die neuen Ladestationen in ein grösseres Konzept einzubetten. Beispielsweise Themen wie bidirektionales Laden, also das Brauchen des Speichers, der Batterie eines Elektroautos zur Stabilisierung oder zur Entlastung des Stromnetzes, indem man ladet und entladet, das zu brauchen. Oder auch die Einbettung dieser Ladestationen in ein lokales Stromnetzwerk, dass man es dort einsetzen könnte, das mitzudenken. Weil viele Ladestationen, die liegen direkt an der städtischen Infrastruktur. Die haben meistens jetzt auch schon PV auf dem Dach, da würde es noch Sinn machen, den Strom, der auf den Gebäuden produziert wird, direkt fürs Laden oder für das umliegende Quartier so zu nutzen, dass möglichst alle profitieren und nicht die grossen Strommengen, insbesondere zu der Mittagszeit, durch das Netz geschleust werden müssen. Wir haben hier die Antwort bekommen, dass das nicht mitgedacht wurde. Das verstehen wir in dem Sinne, dass da wahrscheinlich einmal mehr unser lokaler Stromanbieter - welcher immer noch keine Stromnetzstrategie aufweist, wie wir das in der GLP gefordert haben - einmal mehr als Bremsklotz bei der Planung und bei der Umsetzung von neuen, innovativen Lösungen, und da bin ich bei Willi Bühler, beim Thema Wettbewerb, dass eben der Anbieter ein Bremsklotz ist und wir uns heute aufs Minimum, die Bereitstellung der Infrastruktur und das Ermöglichen von dieser hoffentlich zielführenden, guten Pachtlösung, beschränken müssen. Die GLP stimmt natürlich dem Investitionskredit zu. Vielen Dank.

Ratspräsident, Reto Schindler: Danke vielmals Roman Walt. Gibt es weitere Wortmeldungen? Pascal Walt, Mitte.

Die Mitte Fraktion, Pascal Walt: Sehr geehrte Ratsleitung, liebe Anwesende, wir begrüßen die Erstellung von Elektroinfrastrukturen. Denn es bietet eine konkrete Lösung für Menschen, die ihr Auto nicht zuhause, am Arbeitsplatz oder sonst wo laden können. Mit gut erreichbaren Standorten wird damit die Elektromobilität für mehr Klotener Einwohner möglich. Die Stadt Kloten zeigt mit der Energiekommission, dass sie sich gezielt auf Anreize in erneuerbare Energien fokussiert, faktenbasiert entscheidet und damit auch auf das grössere Ziel der Energiestrategie einzahlt. Die Mitte-Fraktion unterstützt entsprechend das Geschäft. Danke.

Ratspräsident, Reto Schindler: Danke vielmals Pascal Walt. Gibt es weitere Wortmeldungen? Philip Graf, SP.

SP-Fraktion, Philip Graf: Herr Präsident, geschätzte Anwesende, Waldbrände in Spanien und Südfrankreich, Flutkatastrophen in Texas, Bergsturz in Blatten. Die Anzahl der Wetterextreme und der zerstörerischen Gewalt nehmen von Jahr zu Jahr zu. Längst ist die Klimakatastrophe da und die verheerenden Auswirkungen nehmen an Anzahl und Stärke mit jedem neuen CO₂-Molekül in der Atmosphäre zu. Entsprechend dürfte uns mittlerweile allen klar sein, dass kein Weg an der Dekarbonisierung vorbeiführt. Im Bereich der Mobilität liegt neben der Förderung des ÖV bei der Elektrifizierung des MIV, also des motorisierten Individualverkehrs, der stärkste Hebel. Dass eine flächendeckende Elektrifizierung des MIV stattfinden kann, dafür braucht es eine Bereitstellung eines entsprechenden Ladeangebots als zwingende Grundvoraussetzung. Auch Mieterinnen, die in Häusern ohne Lademöglichkeiten leben, müssen ihr Auto einfach und unkompliziert aufladen können.

Mit dem Aufbau einer städtischen Ladeinfrastruktur wird dem Umstand Rechnung getragen und schafft damit den ersten wichtigen Grundstein, dass sich der MIV in Kloten elektrifizieren kann. Ich hoffe, dass der Rat Empfehlungen von der Energiekommission und der GRPK, und wie man das aus den vorherigen Worten gehört hat, wird das wohl der Fall sein. Dass wir heute gemeinsam den ersten wichtigen Schritt in Richtung Netto Null im Bereich des Verkehrs gehen können. Die SP unterstützt diese Vorlage selbstverständlich.

Ratspräsident, Reto Schindler: Danke vielmals, Philip Graf. Gibt es weitere Wortmeldungen aus dem Gemeinderat? André Gerber, SVP.

SVP-Fraktion, André Gerber: Geschätzte Ratsleitung, sehr geehrter Stadtrat, geschätzte Kolleginnen und Kollegen vom Gemeinderat, Gäste und Medienvertreter. Ich habe gespürt, dass ich die Rede, die ich vorbereitet habe, eigentlich gar nicht halten muss, denn wir sind uns ja alle einig, dass wir die Ladeinfrastruktur in Kloten brauchen, dass sie sinnvoll und zweckmässig ist, dass alle die Chance haben, in der Stadt Kloten ein Auto zu laden. Ich möchte nur zwei, drei Worte in die Zukunft verlieren. Wir reden jetzt von 38 Ladestationen, 120, die es braucht. Wir haben zurzeit einen Fahrzeugbestand in Kloten, gemäss der Auswertung von 13'000 Fahrzeugen. Wenn wir die bis 2050 zu 90% Elektrisch betreiben, was nötig sein wird, brauchen wir etwa 5'500 Ladepunkte. Das sind Investitionen für die Stadt, wenn man dementsprechend ausbauen möchte, von rund 2,2 Millionen. Für private Immobilienbesitzer oder KMUs, Restaurants usw. sind es rund 20 Millionen Franken. Weiter gilt es auch zu berücksichtigen, wir reden jetzt von Ladestationen von 11 Kilowatt Leistung. 11 Kilowatt Leistung bedeutet, dass ein heutiges Auto, wir rechnen im Schnitt etwa 60 Kilowattstunden Batterie, 6 bis 7 Stunden an der Ladestation sein muss, bis das Auto voll geladen ist. Das bringt mich zum Schluss, dass man eigentlich auch nachdem wir das Thema angenommen haben, in Zukunft flexibel bleiben müsste, dass man vielleicht von den Ladestationen auf öffentlichem Grund auch versucht, Ladestationen in Immobilien zu fördern, damit nämlich die Mieter, die in Zukunft ein Elektroauto kaufen müssen, weil die 95 Gramm, die mein Kollege erwähnt hat, das können wir heute mit einem thermischen Motor gar nicht mehr erreichen. Ein kleinen Dreizylinder, 1200er Motor, hat etwa 110 Gramm CO₂ Ausstoss. Schauen wir uns noch den Nutzfahrzeugbereich an. Da haben wir 154 Gramm CO₂ Ausstoss. Das kleine Auto, das euch die Post bringt, das grosse Auto, das euch die Post bringt, hat zwischen 160 und 290 Gramm CO₂-Ausstoss. Auch dort erreicht kein thermisches Fahrzeug mehr die CO₂-Normen, die wir erfüllen müssen. Wir von der SVP unterstützen natürlich diesen Vorschlag. Wir sind dafür, dass der Individualverkehr auch elektrifiziert wird. Wir verstehen die Klimaziele, die wir haben. Wir unterstützen den Volkswillen. Wir haben ein paar Mal abgestimmt und das Volk will das. Darum unterstützen wir das auch. Aber wir müssen uns bewusst sein, dass alle die Investitionen, die wir wegen des Klimaschutzes machen, überall Auswirkungen haben. Und zwar finanzielle Auswirkungen. Und das ist für uns einfach zu sagen, wir machen das, aber wir investieren 680'000 Franken, über welche wir jetzt entscheiden, Steuergelder investieren. Wenn wir Ladestationen in Mehrfamilienhäusern bauen, werden die Baukosten höher. Und wir haben wieder nur einen kleinen Teil, aber wieder einen kleinen Teil, der uns ein bisschen weiter wegbringt von bezahlbaren Mieten, weil wieder Bestandesmiete zu den Angebotsmieten eine grössere Distanz bekommt. Wir von der SVP sind für die Investition und werden geschlossen dafür stimmen. Danke.

Ratspräsident, Reto Schindler: Danke vielmals, André Gerber. Gibt es weitere Wortmeldungen aus dem Gemeinderat? Das scheint nicht der Fall zu sein. Kommen wir zur Abstimmung. Der Antrag lautet wie folgt: Für die Erschliessung der genannten Standorte mit Basisinfrastruktur wird ein Bruttokredit in der Höhe von 680'462 Franken, inklusive Mehrwertsteuer, zulasten des Investitionskontos 620.5060.032 genehmigt. Wer dieser Vorlage zustimmen möchte, bitte ich Aufzustehen. Ich stelle Einstimmigkeit fest. Somit wird dieser Vorlage 2919 Elektromobilität, Erstellung von Elektro-Ladeinfrastruktur auf öffentlichem Grund, Investitionskredit, einstimmig zugestimmt.

Förderprogramm Photovoltaik; Zusatzkredit

Hintergrund

Die Stadt Kloten verfolgt im Rahmen ihrer Energiestrategie 2050 das Ziel der Klimaneutralität, die lokale Stromproduktion mittels Photovoltaik bildet dabei einen zentralen Pfeiler zur Reduktion der CO₂-Emissionen und zur Stärkung der Versorgungssicherheit.

Der Gemeinderat hat am 06.12.2022 mit Beschluss Nr. 21-2022 einen Rahmenkredit von Fr. 1'805'000.00 für die Umsetzung der Energiestrategie bewilligt. Dabei waren Fr. 1'390'000.00 für das städtische Förderprogramm Photovoltaik (Laufzeit 2023–2026) vorgesehen. Dieses Programm bezweckt die finanzielle Unterstützung sowie die organisatorische Begleitung von privaten und institutionellen Investitionen in Photovoltaikanlagen auf dem Stadtgebiet.

Ziel des Förderprogramms Photovoltaik

Das Ziel des Förderprogramms Photovoltaik der Stadt Kloten besteht darin, den Ausbau der lokalen Stromproduktion aus Photovoltaik zu beschleunigen, um einen Beitrag zur Klimaneutralität bis 2050 sowie zur Versorgungssicherheit zu leisten. In Kloten wird derzeit über 6 GWh Elektrizität lokal mit Photovoltaik produziert. Dies entspricht ca. 4.5% des Stromverbrauchs der Einwohnenden und des Gewerbes in Kloten (ohne den Flughafen Zürich-Kloten). Die Gesamtenergiestrategie gibt eine Stromproduktion von 50 GWh pro Jahr als Ziel bis 2050 vor.

Im Detail verfolgte das Förderprogramm folgende Zielsetzungen:

- Förderung der Installation von Photovoltaikanlagen auf bestehenden und neuen Gebäuden auf dem Stadtgebiet.
- Schaffung finanzieller Anreize, um die Amortisationszeit insbesondere kleinerer PV-Anlagen auf Einfamilienhäusern zu verkürzen und Investitionen attraktiver zu machen.
- Minimierung baulicher, technischer und administrative Hürden mit dem "Sorglos Paket" des Kraftwerks Kloten, inklusive Vorfinanzierung der Fördermittel. (www.kraftwerk-kloten.ch)
- Förderung durch das Förderprogramm von 850 kWp pro Jahr.

Das Kraftwerk Kloten bietet ein "Sorglos Paket", zum Bau von Photovoltaikanlagen, inklusive Vorfinanzierung der Fördermittel. Photovoltaikanlagen können jedoch vom Klotener Förderprogramm profitieren, unabhängig davon ob sie über das Angebot des Kraftwerks Kloten geplant und gebaut oder in Eigenregie über Dritte erstellt wurden. Ausschlaggebend ist eine Förderung durch das Förderprogramm des Bundes.

Förderbedingungen für Photovoltaikanlagen

Der maximale Förderbetrag pro Assekuranz-Nummer beträgt Fr. 15'000.00 und die Anlagen müssen die Einmalvergütung für Photovoltaikanlagen des Bundes (Pronovo AG) erhalten.

Bei Bestandsbauten gilt:

- Grundbeitrag: CHF 4'400 pro Anlage.
- Leistungsabhängiger Beitrag: Entspricht 100 % der Einmalvergütung des Bundes.

Bei Neubauten gilt:

- Kein Grundbeitrag.
- Leistungsabhängiger Beitrag: 100 % der Einmalvergütung des Bundes, abzüglich der gesetzlich vorgeschriebenen Mindestleistung von 10 W/m² Energiebezugsfläche, gemäss kantonalem Energiegesetz.

Mit der Ausrichtung eines Grundbeitrags pro Anlage soll spezifisch der Bau von kleineren Anlagen auf Einfamilienhäusern gefördert werden, da deren Gestehungskosten im Verhältnis zum Solarertrag im Vergleich zu grösseren Anlagen höher liegt.

Entwicklung der Photovoltaik in Kloten

Die Entwicklung der Photovoltaik (Abbildung 6) zeigt eine deutliche Zunahme der produzierten Energie im Jahr 2024 im Vergleich zu den Vorjahren. So wurden 2024 71 und 2023 37 neue Anlagen an das Stromnetz angeschlossen, gegenüber den 10 bis 20 Anlagen in den Vorjahren.

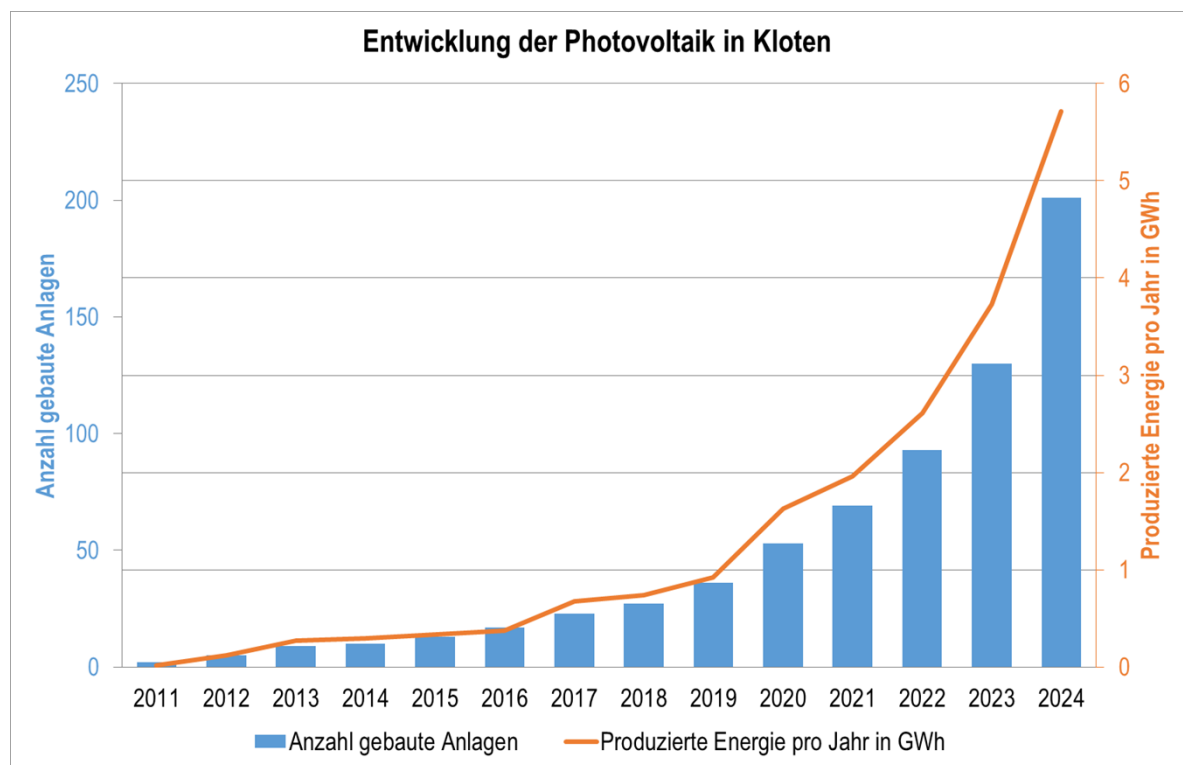


Abbildung 6: Entwicklung der Photovoltaik in der Stadt Kloten.

Auch im Vergleich zu anderen Gemeinden (Abbildung 7) zeigt sich, dass der Zubau von Photovoltaik in Kloten im letzten Jahr überdurchschnittlich war.

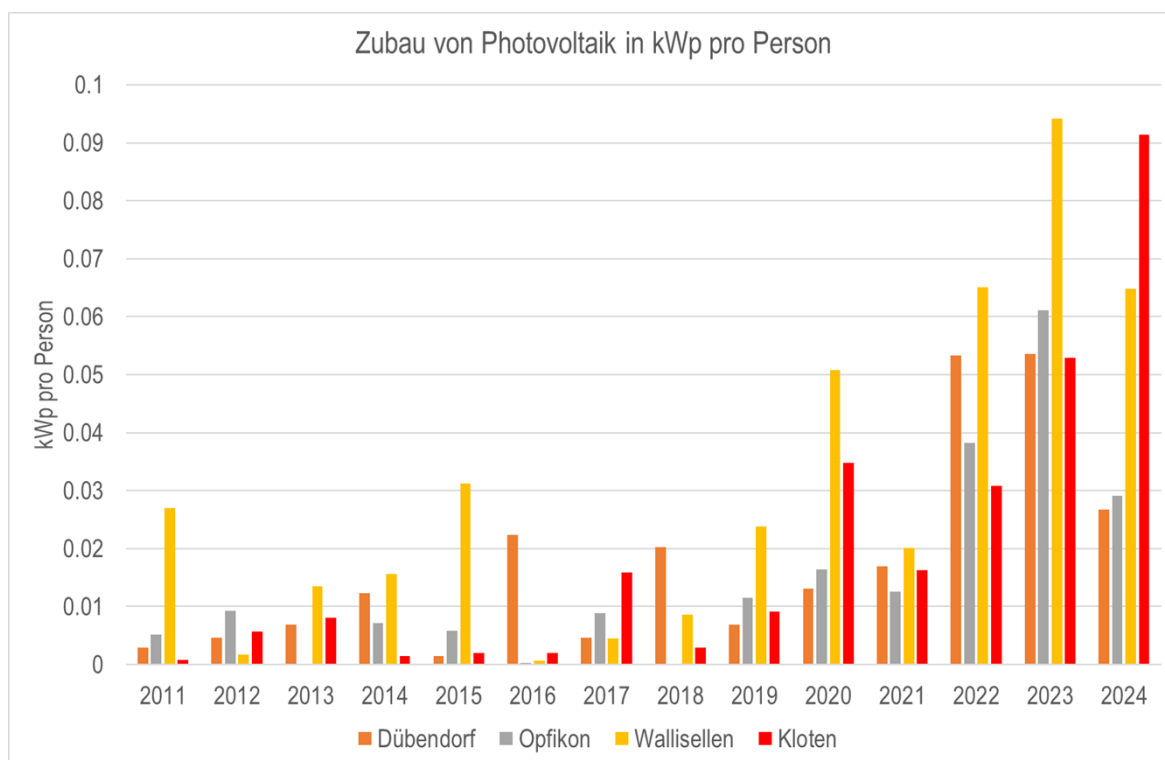


Abbildung 7: Einwohnerbereinigte Entwicklung der Photovoltaik in der Stadt Kloten im Vergleich zu anderen ähnlich grossen Gemeinden.

Insgesamt kann eine deutliche Zunahme der Bautätigkeit von PV Anlagen seit Beginn des Förderprogramms beobachtet werden.

Zielerreichung des Förderprogramm Photovoltaik

Insgesamt wurden von den 108 Anlagen, welche seit 2023 neu erstellt wurden, 91 Anlagen mit einer Gesamtleistung von 2'129 kWp durch das Förderprogramm Kloten unterstützt. (Tabelle 5). Von den durch die Stadt Kloten geförderten Anlagen wurden ca. 1/3 über das Kraftwerk Kloten erstellt, 2/3 in Eigenbau. Vor allem beim Bau von grösseren Anlagen auf grossen Liegenschaften, wie Mehrfamilienhäusern oder Gewerbebauten, haben Bauherren den Eigenbau gewählt. Bei Einfamilienhäusern haben Bauherren etwa zur Hälfte das Kraftwerk Kloten gewählt, die übrigen haben die Anlagen ausserhalb des Kraftwerks erstellen lassen. Insgesamt wurden ca. 2/3 der Anlagen auf Einfamilienhäusern erstellt.

Anlagentyp	Anzahl Anlagen	Installiert [kWp]
Kraftwerk		
Einfamilienhaus	31	467
Mehrfamilienhaus	2	50
Kraftwerk Ergebnis	33	518
Eigenbau		
Einfamilienhaus	32	467
Gewerbe	4	447
Mehrfamilienhaus	22	697
Eigenbau Ergebnis	58	1'612
Gesamtergebnis	91	2'129

Tabelle 5: Geförderte Anlagen nach Gebäudetyp und Bau über das Kraftwerk Kloten oder im Eigenbau.

Verglichen zum langjährigen Mittel ist die Grösse einer durchschnittlichen Photovoltaikanlage von knapp 31 kWp auf ca. 23 kWp gesunken. Das Förderprogramm hat also den Bau von kleineren Anlagen auf Einfamilienhäusern (durch den Sockelbeitrag) wie vorgesehen deutlich unterstützt, womit dieses Ziel erreicht werden konnte.

Das Förderprogramm hat weiter zum Ziel, den Zubau von 850 kWp pro Jahr zu erreichen. Dieses Ziel wurde 2023 noch nicht erreicht, allerdings war der offizielle Start mit der Veranstaltung im Schluessweg erst im September 2023. Im 2024 wurde das Ausbauziel dann allerdings bei weitem übertroffen. So wurden 2024 beinahe doppelt so viel Leistung zugebaut wie ursprünglich erwartet.

Baujahr	Anzahl Anlagen	Installiert [kWp]
2023	18	469
2024	72	1'647
2025	1	13
Gesamtergebnis	91	2'129

Tabelle 6: Geförderte Anlagen nach Baujahr, Grösse.

Stand Fördermittel

Von der Inbetriebnahme einer Anlage bis zur Anmeldung einer Förderung bei der Stadt Kloten vergehen mindestens 2 Monate, im längsten Fall hat dies 15 Monate in Anspruch genommen. Dies zeigt sich auch in der Gegenüberstellung der Auszahlung von Förderbeiträgen nach Jahr und Baujahr der Anlagen (s. Tabelle 7). Knapp die Hälfte der Fördermittel für Anlagen, welche im 2024 gebaut wurden, haben ihre Förderbeiträge im 2025 erhalten. Es ist auch zu erwarten, dass noch weitere Anlagen mit Baujahr 2024 einen Anspruch geltend machen werden.

ausbezahlt Jahr	Förderbeitrag [Fr.]	Baujahr	Förderbeitrag [Fr.]
2023	46'598.90	2023	211'470.90
2024	629'133.00	2024	767'535.20
2025	312'675.00	2025	9'400.80
Gesamtergebnis	988'406.90	Gesamtergebnis	988'406.90

Tabelle 7: Förderbeiträge nach Auszahlungsjahr und Baujahr.

Für das Förderprogramm Photovoltaik wurden für die Jahre 2023-2027 ein Rahmenkredit von Fr. 1'390'000.00 zur Verfügung gestellt. Hiervon wurden per 31.3.2025 bereits Fr. 988'406.90 ausbezahlt. Der durchschnittliche Förderbeitrag pro Photovoltaikanlage liegt bei 91 Anlagen, mit einer Gesamtförderung von Fr. 988'406.90, somit bei Fr. 10'861.60.

Programmkosten zum Kraftwerk Kloten

Nebst den direkten Förderungen wurden für die Programmbegleitung des Kraftwerks Kloten durch die Energiegenossenschaft und für die Kommunikation zum Förderprogramm inklusive Veranstaltungen folgende Beträge verwendet:

Programmkosten	2023 [Fr.]	2024 [Fr.]	Total [Fr.]
Kommunikation	3'014.15	11'987.50	15'001.65
Programmbegleitung	22'617.00	21'375.70	43'992.70
Total	25'631.15	33'363.21	58'994.35

Tabelle 8: Kosten für die Programmbegleitung des Kraftwerks Kloten und die Kommunikation inklusive Informationsveranstaltungen.

Prognose Fördermittel

Für das Förderprogramm Kloten stehen derzeit von den ursprünglich Fr. 1'390'000.00 nach Förderbeiträgen von Fr. 988'406.90 und Programmkosten von Fr. 58'994.35 somit noch Fr. 342'598.75 zur Verfügung. Damit ist bereits klar, dass die Fördermittel nicht wie vorgesehen bis 2027 ausreichen werden, sondern voraussichtlich noch bis Mitte 2025.

Die Prognose der künftig noch benötigten Förderbeiträge lässt sich anhand der Baugesuche für Photovoltaikanlagen abschätzen. Seit Beginn des Förderprogramms wurden 147 Standorte für den Bau von Photovoltaikanlagen registriert, für deren 91 wurden bereits Förderbeiträge ausbezahlt. Sollte für die übrigen 56 Anlagen ein Förderbeitrag beantragt werden, so müsste mit zusätzlichen Beiträgen von Fr. 615'645.00 gerechnet werden. Basierend auf den Vorjahren kommt hier noch ein Beitrag zur Programmbegleitung und Kommunikation von ca. Fr. 30'000.00 pro Jahr hinzu.

	ausbezahlt 2023 [Fr.]	ausbezahlt 2024 [Fr.]	ausbezahlt 2025 [Fr.]	erwartet 2025 [Fr.]	erwartet Total [Fr.]	verfügbar [Fr.]
Programmkosten						
Kommunikation	3'014.15	11'987.50		7'500.00		
Programmbegleitung	22'617.00	21'375.70		22'000.00		
Fördermittel	46'598.90	629'133.00	312'675.00	615'645.00		
Total	72'230.05	662'496.20	312'675.00	645'145.00	1'692'546.25	-302'546.25

Tabelle 9: Erwarteter Förderbeiträge per 31.3.2025 auf Basis der Meldungen zum Bau von Photovoltaikanlagen bei der Baupolizei Kloten und einer durchschnittlichen Anlagengrösse.

Die Fördermittel für das Förderprogramm Photovoltaik Kloten sind somit erschöpft, auch wenn noch nicht alle Mittel ausbezahlt wurden. Würden alle derzeit bekannten Bauvorhaben mit einem Förderbeitrag unterstützt, so würden dem Förderprogramm knapp über Fr. 300'000.00 fehlen.

Es besteht jedoch entsprechend dem Förderreglement keinerlei Fördergarantie für Photovoltaikanlagen. Anlagen werden nach Eingang der Verfügung des Bundes gefördert, es gilt das Prinzip "first come first serve". Derzeit wird bei Anfragen zu Fördermitteln bei neuen Bauvorhaben folgerichtig auch kommuniziert, dass nicht mit einem Förderbeitrag durch die Stadt Kloten gerechnet werden kann.

Empfehlung der Energiekommission für einen Nachtragskredit zum Förderprogramm Photovoltaik

Die Energiekommission hat an ihrer Sitzung vom 25. März 2025 die aktuelle Entwicklung des Förderprogramms Photovoltaik sowie die absehbare Ausschöpfung des bewilligten Rahmenkredits analysiert. Die Auswertung der Förderstatistiken zeigt, dass das Förderprogramm erfolgreich ist und seine Ziele sogar weit übertrifft. Die Entwicklung des Zubaus von Photovoltaikanlagen gegenüber den Vorjahren zeigt deutlich, dass das städtische Förderprogramm einen substanziellen Zubau an Photovoltaikleistung bewirkt hat. Es ist aber auch damit zu rechnen, dass Bauherren, welche in der Erwartung eines Förderbeitrags der Stadt Kloten eine Photovoltaikanlage realisiert haben, keinen Förderbeitrag der Stadt Kloten mehr erhalten werden.

Angesichts der hohen Nachfrage und der eingegangenen Baugesuche mit erwarteten Förderbeiträgen sieht die Energiekommission es deshalb als richtig und wichtig an, das Förderprogramm weiterführen zu können. Damit soll die Planungssicherheit für Förderinteressierte geschaffen und die installierte Photovoltaikleistung in Kloten weiter gesteigert werden.

Es soll deshalb mit der Bereitstellung eines Zusatzkredites sichergestellt werden, dass das Förderprogramm wie ursprünglich in den Massnahmen zur Energiestrategie vorgesehen, für den Zeitraum von 2023 – 2027

weitergeführt werden kann. Dabei hat sich das bestehende Fördermodell bewährt. Es soll daher die bisherige Förderstruktur und das Förderreglement beibehalten werden, sowie die Programmbetreuung durch das Kraftwerk Kloten in Zusammenarbeit mit der Energiegenossenschaft Zürcher Unterland weitergeführt werden.

Zur Weiterführung des Förderprogramms Photovoltaik hat sich die Energiekommission am 25. März 2025 einstimmig für die Beantragung eines Nachtragskredits zum Förderprogramm Photovoltaik von Fr. 1'100'000.00 beim Gemeinderat ausgesprochen.

Finanzielles

Am 6.12.2022 genehmigte der Gemeinderat einen Rahmenkredit von Fr. 1'805'000.00, davon Fr. 1'390'000.00 für das Förderprogramm Photovoltaik. Mit dem nun beantragten Zusatzkredit von Fr. 1'100'000.00 steigt die Gesamtsumme des Rahmenkredits auf Fr. 2'905'00'000 Millionen Franken. Gemäss Art. 16 Abs. 2 lit. b Gemeindeordnung ist für den Zusatzkredit somit noch immer der Gemeinderat zuständig, wobei der Beschluss dem fakultativen Referendum untersteht.

Fazit

Das kommunale Förderprogramm Photovoltaik hat sich in der Förderperiode 2023–2025 als sehr wirkungsvolles und zielgerichtetes Instrument zur Förderung der lokalen Stromproduktion erwiesen. Der starke Zubau von Photovoltaikanlagen, die breite Beteiligung unterschiedlichster Gebäudetypen sowie die Ausschöpfung der Fördermittel belegen die hohe Wirksamkeit des Programms. Kloten konnte im Vergleich zu den Vorjahren überdurchschnittliche Ausbauraten verzeichnen und sich im Bereich der erneuerbaren Stromproduktion sichtbar verbessern.

Eine Weiterführung des Programms ist vor dem Hintergrund der kommunalen Energiestrategie 2050 mit der Zielsetzung von 50 GWh lokal produziertem PV-Strom bis 2050 sowie des steigenden Elektrizitätsbedarfs infolge von E-Mobilität und Wärmepumpen zielführend. Die Energiekommission empfiehlt dem Stadtrat die Weiterführung des Förderprogramms mittels eines Zusatzkredites von Fr. 1'100'00.00. Damit soll sichergestellt werden, dass die positive Dynamik aufrechterhalten, die Planungssicherheit für Bauwillige gewahrt und die strategischen Zielsetzungen der Stadt Kloten im Bereich Klimaschutz, Versorgungssicherheit und Eigenproduktion konsequent weiterverfolgt werden können.

Beschluss Stadtrat:

1. Der Stadtrat Kloten bedankt sich bei der Energiekommission für die Evaluierung des Förderprogramms Photovoltaik.
2. Dem Gemeinderat wird in Ergänzung des Beschlusses Nr. 21-2022 vom 06.12.2022 ein Zusatzkredit von Fr. 1'100'000 zur Fortführung des Förderprogramms Photovoltaik beantragt.
3. Die bestehenden Förderbedingungen bleiben unverändert bestehen.
4. Die Energiekommission und der Bereich Lebensraum werden weiterhin damit beauftragt das Förderprogramm Photovoltaik umzusetzen.

Antrag Stadtrat:

Der Stadtrat beantragt dem Gemeinderat folgenden Beschluss:

1. In Ergänzung des Beschlusses Nr. 21-2022 vom 06.12.2022 wird ein Zusatzkredit von Fr. 1'100'000 zur Fortführung des Förderprogramms Photovoltaik genehmigt.

Beschluss:

1. In Ergänzung des Beschlusses Nr. 21-2022 vom 06.12.2022 wird einstimmig ein Zusatzkredit von Fr. 1'100'000 zur Fortführung des Förderprogramms Photovoltaik genehmigt.

Wortmeldungen

Ratspräsident, Reto Schindler: Wir kommen zu der nächsten Vorlage 8686; Förderprogramm Photovoltaik; Kreditgenehmigung. Mit dem Stadtratsbeschluss 144-2025 vom 6. Mai 2025 wurde diese Vorlage an den Gemeinderat überwiesen. Der Ablauf ist folgendermassen. Zuerst gibt es die Wortmeldung des GRPK-Vertreters Dominique Chambettaz, dann allfällige weitere Wortmeldungen aus der GRPK. Nachher die Wortmeldung aus dem Stadtrat und die Wortmeldung aus dem Rat. Dominique Chambettaz, ich höre gespannt deine Stellungnahme.

Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission GRPK, Dominique Chambettaz: Danke. Sehr geehrte Ratsleitung, liebe Anwesende, im Rahmen der Energiestrategie 2050 verfolgt die Stadt Kloten ein Ziel, Klimaneutralität zu erreichen und die Versorgungssicherheit bereitzustellen. Die lokale Stromproduktion aus Photovoltaik ist dabei ein zentraler Teil dieser Strategie. Das städtische Förderprogramm Photovoltaik, das 2023 gestartet ist, hat zum Ziel, den Ausbau der lokalen Stromproduktion zu beschleunigen. Das passiert durch finanzielle Unterstützung sowie durch organisatorische Begleitung von Privaten und Unterstützung und durch institutionelle Investitionen in Photovoltaikanlagen. Die Erfahrungen der letzten zwei Jahre zeigen klar, dass das Programm ein voller Erfolg ist. Seit dem Start sind schon 91 Anlagen mit einer Gesamtleistung von 2'129 Kilowatt Peak unterstützt worden. Etwa ein Drittel dieser Anlagen sind über Kraft Kloten erstellt worden, zweidrittel im Eigenbau. Das Umbauziel ist dabei deutlich übertroffen worden. Im Jahr 2024 hat sich die installierte Leistung im Vergleich zu den ursprünglichen Prognosen fast verdoppelt. Der Erfolg bringt aber auch eine Herausforderung mit sich. Die ursprünglich vorgesehenen finanziellen Mittel reichen nicht mehr. Von dem 1,39 Millionen Franken Kredit sind schon fast eine Million gebraucht. Nach der Prognose werden die verbliebenen Mittel wahrscheinlich nur noch bis Mitte 2025 reichen, obwohl das Programm bis 2027 vorgesehen ist. Ohne zusätzlichen Kredit muss das Förderprogramm für Photovoltaik abgebrochen werden. Darum empfiehlt die Energiekommission, einen Zusatzkredit von 1,1 Millionen Franken zu bewilligen. So können wir das Programm weiterführen, die positive Dynamik aufrechterhalten, die lokale Bevölkerung weiter unterstützen und das Ziel der Stadt Kloten konsequent weiterverfolgen. Mehr lokale Produktion, weniger CO₂-Emissionen und mehr Versorgungssicherheit. Ein ganz spezielles Dankeschön an Roger Isler und Daniel Martinelli, die immer schnell und detailliert auf die Fragen der GRPK antwortet haben. Die GRPK hat die Vorlage einstimmig zugestimmt und bietet dem Gemeinderat den Antrag zu unterstützen. Der Stadtrat beantragt am Gemeinderat folgenden Beschluss: In Ergänzung zum Beschluss Nr. 21-2022 vom 16. Dezember 2022 wird ein Zusatzkredit von 1,1 Millionen Franken für die Weiterführung des Förderprogramms Photovoltaik genehmigt. Danke

Ratspräsident, Reto Schindler: Danke vielmals Dominique Chambettaz. Gibt es weitere Wortmeldungen aus der GRPK? Das sieht nicht so aus. Dann bitte ich Stadtrat Roger Isler um die Stellungnahme des Stadtrat.

Stadtrat Roger Isler: Ja, danke vielmals. Es ist auch da sehr schön zu sehen, dass das Projekt, das durch die Energiekommission erarbeitet worden ist, um diese PV-Anagen zu fördern, einen richtig fantastischen Schub erlebt hat. Und die Eigentümer haben offensichtlich das Förderprogramm sehr gerne angenommen. Wir haben nicht annähernd erwartet, als wir den ersten Kredit bewilligt haben, nachdem die früheren PV-Projekte überhaupt nicht umgesetzt werden konnten, dass wir jetzt so einen fantastischen Erfolg verzeichnen dürfen. Da der Erfolg so gross ist und die Nachfrage nach wie vor anhaltend vorhanden ist, freue ich mich, wenn der Rat dem Zusatzkredit zustimmt und wir den PV-Anlagen-willigen Bauern mitteilen können, dass auch ihre bereits angemeldeten PV-Anlagenprojekte durch das Förderprogramm weiterhin gefördert werden können. Danke.

Ratspräsident, Reto Schindler: Danke vielmals, Roger Isler. Gibt es Wortmeldungen aus dem Rat? Willi Bühler, FDP.

FDP-Fraktion, Willi Bühler: Geschätzter Ratspräsident, sehr geehrte Stadträte, Gemeinderäte, Presse, Klotenerinnen und Klotener. Es geht um die Kreditgenehmigung der Vorlage 8686, wie man gehört hat, Förderprogramm Photovoltaik. In der städtischen Energiestrategie ist bis 2050 das Ziel für die Klimaneutralität festgehalten. Dabei spielt die lokale Stromproduktion mit der Photovoltaik eine wichtige Rolle zur Reduktion der CO₂-Emissionen und zur Stärkung der Versorgungssicherheit. Der Gemeinderat hat im Dezember 2022 einem Budget von 1'390'000 Franken für das städtische Förderprogramm Photovoltaik in der Laufzeit 2023 bis 2026 zugestimmt. Das Programm bezweckt die finanzielle Unterstützung sowie das organisatorische Begleiten von privaten und institutionellen Investitionen in den Photovoltaikanlagen auf dem Stadtgebiet. Ein Sockelbeitrag, der vor allem viele kleine Einfamilienhäuschenanlagen ermöglicht. Die Entwicklung und Zubauten der Photovoltaik in Kloten zeigt, im Vergleich mit anderen Gemeinden, dass eine deutliche Zunahme gegenüber den Vorjahren stattgefunden hat. Es wurden bereits 91 Anlagen mit rund 2'129 Kilowatt Peak gefördert und das Förderziel 24 bei weitem übertroffen. Mit der Unterstützung durch den Förderkredit ist der Bauherr eher bereit, in eine Photovoltaik zu investieren. Die FDP, die liberalen Kloten, werden jedoch genau hinschauen. Denn es ist für das Förderprogramm schon viel Geld gesprochen worden und die Mittel sind schneller aufgebraucht worden, als wir es geplant haben. Also bereits Mitte 2025 statt 2027. Aber die Wirkung ist nachweisbar. Jeder Förderfranke löst ein Vielfaches an privaten Investitionen aus. Dies entspricht natürlich auch unserer FDP-Strategie für die Nachhaltigkeit und Sozialverträglichkeit. Daher unterstützt die Fraktion FDP die Liberalen den Antrag auf einen Nachtragskredit zur Weiterführung vom Förderprogramm der Photovoltaik von 1'100'000 Franken. Wir als FDP wollen liberale Akzente setzen. Einerseits Photovoltaik ja, aber Eigenverantwortung und Wirtschaftlichkeit sollen weiterhin die Basis sein. Die Stadt unterstützt, aber die Investitionen bleiben privat, kein Staatsmonopol. Technologieneutralität, Photovoltaik ist uns wichtig und die FDP steht allgemein für Innovation und Wettbewerb bei erneuerbaren Energien. Wir sprechen den Kredit nicht aus ideologischen Gründen, sondern weil er nachweisend wirkt, pragmatisch, effizient und zum Nutzen der Stadt Kloten ist. Danke für die Aufmerksamkeit.

Ratspräsident, Reto Schindler: Danke vielmals, Willi Bühler. Am Jaulen an, haben auch die Hunde langsam kalt, nicht nur wir. Aber ich glaube, das stehen wir jetzt noch durch. Gibt es weitere Wortmeldungen? Pascal Walt, Mitte.

Die Mitte Fraktion, Pascal Walt: Sehr geehrte Ratsleitung, liebe Anwesenden. Als eine der ersten Massnahmen der Energiekommission ist das Förderprogramm Photovoltaik von der Stadt Kloten eine Erfolgsgeschichte. Damit werden zeitlich limitiert neue PV-Anlagen zusätzlich gefördert, um den Klotener Sonnenstrom zu erhöhen. Es läuft so gut, dass wir heute über mehr Fördermittel entscheiden müssen. Da wir die Erfolgsgeschichte nicht aufhalten wollen unterstützt natürlich die Mitte Fraktion das Geschäft. Danke vielmals.

Ratspräsident, Reto Schindler: Danke vielmals, Pascal Wald. Gibt es weitere Wortmeldungen? Philip Graf, SP.

SP-Fraktion, Philip Graf: Es hiess, ich soll rennen, damit die Sitzung schneller zu Ende geht. Herr Präsident, geschätzte Anwesende. Dass wir heute über diese Kreditgenehmigung befinden, zeigt eigentlich bestens, dass das Klotener Solarförderprogramm ein voller Erfolg ist. Nach gut zwei Jahren ist der Kredit von 1,39 Millionen Franken bereits beinahe aufgebraucht und es haben bisher ganze 91 Anlagen gefördert werden können. Im Jahr 2024 sind rund 1600 Kilowatt-Peak an neuer Solarleistung verbaut worden, womit unser jährlicher Ziel von 850 Kilowatt-Peak bei weitem übertroffen worden ist. Mit dem Hintergrund, dass wir eine Produktion von 6,5 Gigawattstunden im Jahr 2024 verzeichnet haben, wir aber bis 2030 eine jährliche Solarstromproduktion von 20 Gigawattstunden, bis 2050 wollen wir sogar 50 Gigawattstunden erreichen, sind wir folglich noch lange nicht am Ziel. Wegen dem ist es nur folgerichtig, dass wir da jetzt nicht auf die Bremse treten und das Programm weiterlaufen lassen. Zumal das Interesse der Bevölkerung auch immer noch gross ist. Denn gemäss der Vorlage befinden sich zurzeit noch 56 weitere Anlagen in Prüfung. So bin ich überzeugt, werden wir unsere Solarproduktionsziele, die wir uns in der gesamten Energiestrategie gesetzt haben, auch erreichen. Und auch da hoffe ich, dass der Rat, wie beim vorherigen Traktat, den Empfehlungen der Energiekommission und der GRPK folgen wird und auch hier Ja sagen wird. Die SP unterstützt selbstverständlich auch diese Vorlage.

Ratspräsident, Reto Schindler: Danke vielmals Philipp Graf. Gibt es weitere Wortmeldungen? Diana Diaz, Grüne.

Grüne-Fraktion, Diana Diaz: Sehr geehrte Ratsleitung, geschätzte Anwesende, ich bin nicht auf die Bühne gerannt, aber ich halte mich bei meinem Votum kurz. Wir haben es gehört, das ist eine völlige Erfolgsgeschichte, das Solarprogramm. Genauso wie bei der Elektro- und Ladeinfrastruktur dürfen wir aber nicht vergessen, dass das nur ein Baustein ist von ganz vielen. Für die Energiewende braucht es mehr, weil der Klimawandel uns weiterhin vor grosse Herausforderungen stellt. Das Solarförderprogramm ist ein starker Schritt in die richtige Richtung und darum sagen wir Grünen ganz klar Ja zur Weiterführung dieses Förderprogramms. Danke für die Aufmerksamkeit.

Ratspräsident, Reto Schindler: Danke vielmals Diana Diaz. Ich habe gesehen, es gibt noch eine weitere Wortmeldung von Brian Dieng, du darfst auch gleich nach vorne kommen.

GLP-Fraktion, Brian Dieng: Geschätzte Anwesende, auch ich halte mich kurz. Das städtische Programm zur Photovoltaik ist, wie wir gehört haben, ein Erfolgsmodell. Das zeigt sich auch, weil wir seit der Lancierung dank und mit diesem Programm im Verhältnis viel mehr Solaranlagen in Kloten gebaut haben, als in ähnlichen grossen Gemeinden im Glattal. Da können wir stolz auf uns sein. Die GLP stimmt dieser Vorlage selbstverständlich zu. Wenn wir das machen im Gemeinderat, dann schrauben wir die finanziellen Mittel für das Programm nochmals so weit hoch, wie in Kloten möglich ist, ohne dass eine Volksabstimmung zwingend nötig wird. Und darum an euch alle, an die Gäste hier, nützt noch die Gelegenheit, solange ihr sie habt. Oder wenn ihr ein Eigenheim habt, beantragt die Fördergelder, wenn ihr zur Miete wohnt und eure Vermieter oder Vermieterin eventuell das Angebot noch nicht kennt, macht es denen bekannt. Ihr werdet wahrscheinlich nachher nie mehr so günstig zu Solaranlagen in Kloten kommen. Darum hoffen wir, es wird ausgereizt, der ganze Betrag, der zur Verfügung steht. Danke vielmals.

Ratspräsident, Reto Schindler: Danke vielmals, Brian Dieng. Gibt es noch weitere Wortmeldungen aus dem Rat? Das sieht nicht so aus. Dann kommen wir zu der Abstimmung über diese Vorlage. Der Antrag lautet wie folgt: In Ergänzung vom Beschluss Nr. 21-2022 vom 6. Dezember 2022 wird ein Zusatzkredit von 1,1 Millionen Franken zur Fortführung des Förderprogramms Photovoltaik genehmigt. Wer dieser Vorlage zustimmen möchte, bitte ich darum aufzustehen. Ich stelle schon wieder Einstimmigkeit fest. Somit wird die Vorlage 8686; Förderprogramm Photovoltaik; Kreditgenehmigung zugestimmt. Danke vielmals.

02.09.2025 Beschluss Nr. 129-2025 Ersatzwahlen Legislatur 2022-2026; Mitglied Wahlbüro; Monica Schneider, SVP

0.3.3 Ersatzwahlen

Ersatzwahlen Legislatur 2022-2026; Mitglied Wahlbüro; Monica Schneider, SVP, ab 01.10.2025

Jolanda Lanfranchi hat infolge Wegzug ihre Demission als Mitglied des Wahlbüros eingereicht.

Antrag Interfraktionelle Konferenz (IFK):

Die IFK stellt dem Gemeinderat einstimmig den folgenden Antrag:

1. Als neues Mitglied des Wahlbüros für den Rest der Amtsdauer 2022 bis 2026 wird Monica Schneider, Ackerstrasse 18, 8302 Kloten gewählt.

Beschluss:

1. Als neues Mitglied des Wahlbüros für den Rest der Amtsdauer 2022 bis 2026 wird Monica Schneider, Ackerstrasse 18, 8302 Kloten stillschweigend gewählt.

Wortmeldungen

Ratspräsident, Reto Schindler: Wir kommen zum nächsten Traktandum, das ist eine Ersatzwahl im Wahlbüro. Jolanda Lanfranchi hat ihre Demission als Mitglied vom Wahlbüro eingereicht. Bei der Einreichung des Wahlvorschlags ist ein Versäumnis passiert. Der Wahlvorschlag wurde nicht vorgängig in der IFK besprochen. Da anschliessend aber kein Antrag auf Rückweisung gestellt worden ist, geht die Ratsleitung davon aus, dass der Wahlvorschlag in der IFK nachträglich besprochen worden ist und heute behandelt werden kann. Darf ich dich, Diana Diaz, als Präsidentin der IFK um den Wahlvorschlag bitten?

Präsidentin IFK, Diana Diaz: Sehr geehrte Ratsleitung, geschätzte Anwesende, wir haben es schon gehört, Jolanda Lanfranchi hat infolge des Wegzugs ihre Demission als Mitglied des Wahlbüros eingereicht und als neues Mitglied des Wahlbüros der restlichen Amtsdauer von 2022 bis 2026 schlägt die SVP Monika Schneider, Ackerstrasse 18, Kloten vor. Die IFK empfiehlt dem Gemeinderat einstimmig, den Vorschlag anzunehmen.

Ratspräsident, Reto Schindler: Danke für die Aufmerksamkeit. Danke vielmals, Diana Diaz. Wird der Vorschlag vermehrt oder geändert? Das scheint nicht der Fall zu sein. Der Wahlvorschlag wird somit stillschweigend genehmigt.

Schluss der Sitzung: 20.30 Uhr

Für die Richtigkeit:

Jacqueline Tanner
Ratssekretärin

Geprüft und genehmigt:

Kloten,

GEMEINDERAT KLOTEN

Philip Graf
Präsident

Reto Schindler
1. Vizepräsident

Florian Ruosch
2. Vizepräsident